

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

140 (20.6.1931)

unaufgetast lassen und es gleichzeitig den Alliierten ersparen, Amerika um Zahlungsausschub zu bitten. Dadurch werde das Prestige Europas gewahrt und Amerikas Prestige gehoben.

Stimson betonte, Hoovers Erklärung werde aller Voraussicht nach keine Europareise nicht verzögern.

Industrie fordert schnelle Reparationsverhandlungen

Ein Geständnis über falsche Wirtschaftsführung der Privatwirtschaft

Der Hauptausschuss des Reichsverbandes der deutschen Industrie beschäftigte sich am Freitag mit der gegenwärtigen Lage. Nach einer ausgedehnten Debatte stellte Geheimrat Dr. Duisberg als Ergebnis der Aussprache fest, daß der wirtschaftliche und finanzielle Zusammenbruch in allererster Linie durch das Vertrauen in die Führung der Reichsregierung vermieden werden könne. Der Verfall des Reichsanstalters bringe die Industrie dieses Vertrauen entgegen. Eine dringende Aufgabe sei das entschlossene Anstreben des Reparationsproblems. Ein Zögern der Reichsregierung in

dieser Frage würde von der gesamten Industrie nicht mehr verstanden werden.

Im Verlauf der Tagung sprach Geheimrat Dr. Duisberg im Anschluß an die Ausführungen der letzten Notverordnung u. a. davon, daß die entscheidenden Schritte noch getan werden müßten, um die Wirtschaft von den Fesseln zu befreien, die ihr durch die ungeheure Überlastung mit öffentlichen Abgaben und der falschen Methode der Wirtschaftsführung, Finanz- und Sozialpolitik auferlegt worden seien. Die Vorgänge in den letzten Tagen und Wochen, besonders die Vorgänge bei den großen Konzernen wie der Nordmüllerei, dem Warenhauskonzern Karstadt, dem Anilinwerk u. a., hätten zur Genüge gezeigt, daß sich die private Wirtschaft einer falschen Wirtschaftsführung schuldig gemacht habe. Die Industrie tut auf daran, hier keine Vogelsträuberei zu treiben und den Folgen und Auswirkungen ihrer falschen Politik ins Auge zu sehen. Ueber die Fehler der Privatwirtschaft, die jetzt immer mehr offenbar werden, komme man nicht mit Vorwürfen gegen andere hinweg.

Aus den Erfolgen in den Reparationsverhandlungen werde die Industrie nicht verfehlen, die Konsequenzen aus ihren Fehlern zu ziehen.

Krise überall

Auch in Oesterreich

Aus Wien wird uns geschrieben: Die Lage in Oesterreich ist, wenn man Großes mit Kleinem vergleicht, ebenso traurig wie die im Deutschen Reich. Wohl gibt es hier nicht jene politischen Spannungen, die Deutschland an den Rand des Bürgerkrieges führen können, aber die wirtschaftliche Lage ist in Oesterreich nicht minder trübselig. Der Versuch, die Kreditanstalt zu retten, stellt sich allmählich nicht nur als hoffnungslos heraus, sondern geht jedenfalls auch weit über die Kräfte des kleinen österreicherischen Staates. Die Folge ist, daß man die Kreditanstalt nicht retten kann, aber die Nationalbank gefährdet. Sie ist heute bereits der eigentliche Krisenherd.

Die Kreditanstalt hatte ihr ganzes eigenes Kapital verloren. Der österreichische Staat hat es ihr erbt und darüber hinaus noch weitere 40 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Die Hoffnung war, daß sich die Kunden der Bank, nach dem Ertrag ihres Verlustes beruhigen, und die Einlagen bei der Kreditanstalt belassen würden. Inzwischen ist unter den inländischen Gläubigern eine nicht zu beruhigende Beunruhigung einsetzt, die inzwischen zu großen Abhebungen geführt hat. Die Mittel hierfür konnte die Kreditanstalt ebenfalls nur von der Nationalbank erhalten, die ebenfalls ihren Notenumlauf ganz bedenklich steigern mußte.

Man nimmt an, daß die Nationalbank in den Rahmen der Kreditanstalt bereits mehr als 600 Millionen Schilling geworfen hat. Dabei ist das Ende noch gar nicht abzusehen. Diese Situation der Kreditanstalt hat dazu geführt, daß auch die ausländischen Gläubiger Schwierigkeiten zu machen begannen. Die Regierung sah sich deshalb gezwungen, von dem Parlament eine Ermächtigung zu fordern, nach der sie für Einlagen in der Kreditanstalt stattdessen Sertifikate ausgeben kann. Damit sollte erreicht werden, daß ausländische Finanzgruppen bei der Kreditanstalt neue Einlagen machen und der inländische Abfluß wettgemacht wurde. Diese Hoffnung hat sich aber als trügerisch erwiesen. Vielmehr haben die ausländischen Gläubiger der Kreditanstalt gedroht, daß sie ihre Einlagen sofort kündigen werden, wenn nicht der Staat für sämtliche Einlagen eine Garantie übernehmen würde. Die französischen Gläubiger sollen außerdem verlangt haben, daß Oesterreich auf die Zollunion für immer verzichte. Unter dem Druck dieser Drohungen und Erpressungen hat der Finanzminister die staatliche Garantie für etwa 80 Millionen Dollars ausländischer Guthaben bei der Kreditanstalt übernommen. Erst daraufhin verpflichtete sich das Gläubigerkonkordat, die Einlagen bei der Kreditanstalt zwei Jahre stehen zu lassen.

Es ist nicht wahrscheinlich, daß diese Garantie gegen Oesterreich nach zwei Jahren geltend gemacht werden wird, aber bei der fragwürdigen Lage der Kreditanstalt darf man sie dennoch nicht nur als eine Formalität betrachten. So entsteht die Frage: Wer garantiert für Oesterreich? Der Staat hat für die Kreditanstalt Auszahlungsgarantien bereits auf eine Milliarde Schilling übernommen. Das hält seine wirtschaftliche Lage nicht aus. Dieses Mißverhältnis hat zu einer Beunruhigung geführt, die zu einer Panik auszuarten droht. Das Mißtrauen der Bevölkerung hat bereits auf andere Banken übergegriffen. Jetzt verlangen auch die Gläubiger der Sparkassen ihre Guthaben zurück, um sie in ausländischen Wälouten umzuwandeln. Der Devisenstand der Nationalbank wird also ununterbrochen angegriffen, wenn auch im letzten Augenblick eine gewisse Hilfe dadurch erfolgt ist, daß englische Finanzkreise 150 Millionen Schilling an die Regierung emittierten, um ihre Aktion für die Kreditanstalt durchzuführen, übernommen und sofort einbezahlt hat. Die anfängliche Erleichterung scheint jedoch

Reichsregierung und 40-Stundenwoche

Vor einer Besprechung mit den Gewerkschaften

Der Reichsarbeitsminister hat zu Montag die Spitzenvertreter der Gewerkschaften zu einer Besprechung über die Frage der Arbeitszeitverkürzung geladen. Die Reichsregierung ist durch die Notverordnung ermächtigt worden, mit Zustimmung des Reichsrats für einzelne Gewerbe, Gewerbezweige, Verwaltungen oder Gruppen von Arbeitnehmern die in der Arbeitszeitverordnung vorgesehene regelmäßige Arbeitszeit bis zu 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen und die Zulässigkeit von Mehrarbeit von der Genehmigung der Gewerbeaufsicht abhängig zu machen.

Wir sind auf das Ergebnis dieser Besprechung gespannt. Die Ermächtigung gilt nur für Betriebe und Verwaltungen, in denen in der Regel mindestens 10 Arbeiter oder mindestens 10 Angestellte beschäftigt werden und ist auch sonst noch durch allerhand Bestimmungen stark eingeschränkt.

Die Angestelltenorganisationen hatten mit der Regierung bereits eine Besprechung wegen Einführung der in der Notverordnung vorgesehenen 40stündigen Arbeitszeit bei den Reichsverwaltungen und -betrieben. Sie stellten dabei folgende Forderungen besonders heraus: Zunächst Durchführung der 40stündigen Arbeitswoche in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben ohne weitere Gehaltskürzung, keine Einschränkung der 40-Stundenwoche auf die öffentlichen Verwaltungen und Betriebe, Auswirkung der Arbeitszeitverkürzung auf die Arbeitszeit der Beamten, keine weitere Gehaltsverminderung bei Einführung der 40-Stundenwoche, Zwang zur Neueinstellung und dabei Bevorzugung der abgebauten Behördenangestellten.

dieser Frage würde von der gesamten Industrie nicht mehr verstanden werden.

Im Verlauf der Tagung sprach Geheimrat Dr. Duisberg im Anschluß an die Ausführungen der letzten Notverordnung u. a. davon, daß die entscheidenden Schritte noch getan werden müßten, um die Wirtschaft von den Fesseln zu befreien, die ihr durch die ungeheure Überlastung mit öffentlichen Abgaben und der falschen Methode der Wirtschaftsführung, Finanz- und Sozialpolitik auferlegt worden seien. Die Vorgänge in den letzten Tagen und Wochen, besonders die Vorgänge bei den großen Konzernen wie der Nordmüllerei, dem Warenhauskonzern Karstadt, dem Anilinwerk u. a., hätten zur Genüge gezeigt, daß sich die private Wirtschaft einer falschen Wirtschaftsführung schuldig gemacht habe. Die Industrie tut auf daran, hier keine Vogelsträuberei zu treiben und den Folgen und Auswirkungen ihrer falschen Politik ins Auge zu sehen. Ueber die Fehler der Privatwirtschaft, die jetzt immer mehr offenbar werden, komme man nicht mit Vorwürfen gegen andere hinweg.

Aus den Erfolgen in den Reparationsverhandlungen werde die Industrie nicht verfehlen, die Konsequenzen aus ihren Fehlern zu ziehen.

Krise überall

Auch in Oesterreich

Aus Wien wird uns geschrieben: Die Lage in Oesterreich ist, wenn man Großes mit Kleinem vergleicht, ebenso traurig wie die im Deutschen Reich. Wohl gibt es hier nicht jene politischen Spannungen, die Deutschland an den Rand des Bürgerkrieges führen können, aber die wirtschaftliche Lage ist in Oesterreich nicht minder trübselig. Der Versuch, die Kreditanstalt zu retten, stellt sich allmählich nicht nur als hoffnungslos heraus, sondern geht jedenfalls auch weit über die Kräfte des kleinen österreicherischen Staates. Die Folge ist, daß man die Kreditanstalt nicht retten kann, aber die Nationalbank gefährdet. Sie ist heute bereits der eigentliche Krisenherd.

Die Kreditanstalt hatte ihr ganzes eigenes Kapital verloren. Der österreichische Staat hat es ihr erbt und darüber hinaus noch weitere 40 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Die Hoffnung war, daß sich die Kunden der Bank, nach dem Ertrag ihres Verlustes beruhigen, und die Einlagen bei der Kreditanstalt belassen würden. Inzwischen ist unter den inländischen Gläubigern eine nicht zu beruhigende Beunruhigung einsetzt, die inzwischen zu großen Abhebungen geführt hat. Die Mittel hierfür konnte die Kreditanstalt ebenfalls nur von der Nationalbank erhalten, die ebenfalls ihren Notenumlauf ganz bedenklich steigern mußte.

Man nimmt an, daß die Nationalbank in den Rahmen der Kreditanstalt bereits mehr als 600 Millionen Schilling geworfen hat. Dabei ist das Ende noch gar nicht abzusehen. Diese Situation der Kreditanstalt hat dazu geführt, daß auch die ausländischen Gläubiger Schwierigkeiten zu machen begannen. Die Regierung sah sich deshalb gezwungen, von dem Parlament eine Ermächtigung zu fordern, nach der sie für Einlagen in der Kreditanstalt stattdessen Sertifikate ausgeben kann. Damit sollte erreicht werden, daß ausländische Finanzgruppen bei der Kreditanstalt neue Einlagen machen und der inländische Abfluß wettgemacht wurde. Diese Hoffnung hat sich aber als trügerisch erwiesen. Vielmehr haben die ausländischen Gläubiger der Kreditanstalt gedroht, daß sie ihre Einlagen sofort kündigen werden, wenn nicht der Staat für sämtliche Einlagen eine Garantie übernehmen würde. Die französischen Gläubiger sollen außerdem verlangt haben, daß Oesterreich auf die Zollunion für immer verzichte. Unter dem Druck dieser Drohungen und Erpressungen hat der Finanzminister die staatliche Garantie für etwa 80 Millionen Dollars ausländischer Guthaben bei der Kreditanstalt übernommen. Erst daraufhin verpflichtete sich das Gläubigerkonkordat, die Einlagen bei der Kreditanstalt zwei Jahre stehen zu lassen.

Es ist nicht wahrscheinlich, daß diese Garantie gegen Oesterreich nach zwei Jahren geltend gemacht werden wird, aber bei der fragwürdigen Lage der Kreditanstalt darf man sie dennoch nicht nur als eine Formalität betrachten. So entsteht die Frage: Wer garantiert für Oesterreich? Der Staat hat für die Kreditanstalt Auszahlungsgarantien bereits auf eine Milliarde Schilling übernommen. Das hält seine wirtschaftliche Lage nicht aus. Dieses Mißverhältnis hat zu einer Beunruhigung geführt, die zu einer Panik auszuarten droht. Das Mißtrauen der Bevölkerung hat bereits auf andere Banken übergegriffen. Jetzt verlangen auch die Gläubiger der Sparkassen ihre Guthaben zurück, um sie in ausländischen Wälouten umzuwandeln. Der Devisenstand der Nationalbank wird also ununterbrochen angegriffen, wenn auch im letzten Augenblick eine gewisse Hilfe dadurch erfolgt ist, daß englische Finanzkreise 150 Millionen Schilling an die Regierung emittierten, um ihre Aktion für die Kreditanstalt durchzuführen, übernommen und sofort einbezahlt hat. Die anfängliche Erleichterung scheint jedoch

Arbeitslosenversicherungsreform in England

Schärferer Ausbau der Kontrolle

London, 19. Jan. (Eia. Draht). Das angekündigte Gesetz zur Beseitigung von Mißständen bei der Arbeitslosenversicherung ist am Freitag im Unterhaus eingebracht worden. Die Mißstände, auf die sich das Gesetz bezieht, beruhen auf Unflathen und Lücken in den gegenwärtigen Bestimmungen und nicht auf böswillige Ausnutzung durch die Unterstüchtungsempfänger. Insbesondere soll die Kontrolle bei folgenden Gruppen stärker als bisher ausgeübt werden: Berufstätige Frauen, Saisonarbeiter, Kurz- und Gelegenheitsarbeiter. Die Ausübung der Kontrolle wird durch den Arbeitsminister erleichtert, dem jetzt ein neungliedriger Ausschuss zur Seite stehen soll, der sich u. a. aus drei Vertretern der Gewerkschaften, drei Vertretern der Arbeitgeber und einem Vertreter des Schlichteramtes zusammensetzt. Man rechnet, daß die Kontrolle eine jährliche Ersparnis von 5 Millionen Pfund ermöglicht. Der Kontrollausschuss hat außerdem die Aufgabe, die Verpflegung von Arbeitslosen in Distrikten mit besonderen Beschäftigungsmöglichkeiten zu fördern.

Die Regierung hat dem Parlament ferner vorschlagen, die Kreditzinsen des Unterstüchtungsfonds um 25 Millionen Pfund auf 115 Millionen zu erhöhen. Damit wäre die Unterstüchtung der Arbeitslosen bis nach den Parlamentsferien, also bis zum November, selbst für den Fall sichergestellt, daß die Zahl der Arbeitslosen in der Zwischenzeit bis auf drei Millionen ansteigen sollte.

Der Film „Im Westen nichts Neues“ vom Lampe-Ausschub anerkannt
E.M.F. Berlin, 19. Juni. Die Universal Film AG teilt mit, daß der Film „Im Westen nichts Neues“ vom Lampe-Ausschub heute als künstlerisch anerkannt worden sei.

Kowdypolitik im thüringischen Landtag

Eine Front aller Anständigen gegen Nazirowdys

Weimar, 19. Juni. (Eia. Draht). Die Nationalsozialisten des thüringischen Landtags zeigten sich am Freitag wieder einmal in ihrer ganzen Größe. Sie ließen Vertreter der Sozialdemokratie in der räuberischsten Weise an, so daß sich selbst der Vizepräsident zum Beschluß veranlaßt sah, den nationalsozialistischen Abgeordneten Pavenbrock auf 20 und den Nationalsozialisten Sauer auf 3 Tage von der Sitzung auszuschließen. Der nationalsozialistische Abgeordnete Pavenbrock, von Beruf Lehrer, hatte dem sozialdem. Abg. Gröndler mit der Faust einen Schlag auf den Kopf verleitet. Das war das Signal zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf sich die Mitglieder der SPD-Fraktion gegen die tätlichen Angriffe der Nazis energisch zur Wehr setzten. Präsident v. Thümmel verließ sofort den Sitzungssaal und berief den Vizepräsidenten zusammen, der die Nationalsozialisten Sauer und Pavenbrock auf längere Zeit von den Sitzungen ausschloß. Außer den Kommunisten stimmten alle Vertreter für den Ausschluß der nationalsozialistischen Kowdys.

In der neuen Sitzung wurde der kommunistische Antrag auf Auflösung des Landtages gegen die Stimmen der Antragsteller, der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten abgelehnt. Die Sozialdemokratie enthielt sich der Stimme.

Naziökonomie im bayerischen Landtag

München, 19. Juni. (Eia. Draht). Am Freitag führten sich die Nationalsozialisten im bayerischen Landtag bei der Verhandlung des Sozialetat's beratend aus, daß drei von ihnen wegen fortgesetzter beleidigender Zwischenrufe aus dem Saal entfernt wurden.

Einseitige Geschäftsführung eines Nazipräsidenten

Braunschweig, 19. Juni. (Eia. Draht). In der Freitagsstunde des Braunschweiger Landtags kam es wiederum zu einem Ausbruch der Sozialdemokratischen Partei.

Der nationalsozialistische Präsident Jörner wandte sich gegen eine Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion, die seine Amtsführung tadelte. Er behauptete, daß er nicht verpflichtet sei, einen nationalsozialistischen Zwischenruf, der von Reichsbannerkameraden als „Mordgeheul“ geäußert wurde, zur Ordnung zu rufen, da tatsächlich das Reichsbanner Mord begangen hätte. Die Sozialdemokratie wehrte sich gegen das Einseitige des Präsidenten in die Debatte und protestierte gegen seine einseitige Stellungnahme.

Da die Volkspartei den von ihr mitgewählten Präsidenten nach wie vor nicht, kam die sozialdemokratische Fraktion überein, unter Protest gegen die einseitige Geschäftsführung Jörners den Landtag zu verlassen.

Hakenkreuzlerprovokation im Elsaß

Die sozialistische Freie Presse in Straßburg berichtet unter obigem Titel:

In der Stadt machte gestern ein Motorrad Sensation, das mit den Farben der deutschen Nationalsozialisten, Schwarz-weiß-rot, und mit einer echten Hitlerfahne, rotes Feld mit schwarzem Hakenkreuz auf weißer Scheibe, gekennzeichnet war. Als die zwei Führerfrüchster auf dem Kleberplatz Halt machten, sammelte sich eine Menschenmenge, um sie, die schließlich mit Recht eine drohende Haltung annahm. Inzwischen waren auch noch zwei Polizeibeamte eingetroffen, die sich der beiden Burischen annahm und sie auf die Polizeidirektion führten.

Es handelte sich, wie sich herausstellte, um zwei Würtembergern, Ernst Guntz, Kaufmann, und A. Maier, Ingenieur, aus Hall. Sie erklärten, bei Basel die Grenze überschritten und unter dem Schutz des Hakenkreuzes das ganze Elsaß durchfahren zu haben. Ihr Fahrzeug habe auch auf dem ganzen Wege Aufsehen hervorgerufen. Im Laufe des Abends wurden die beiden Burischen über den Rhein befördert.

Der gottgelandte Hitler

Prinz Luwis Meinung

In einer öffentlichen Versammlung in Braunschweig heben die Nationalsozialisten Prinz August Wilhelm als Redner auf. Er gab u. a. das Bekenntnis ab, daß dort, wo ein Hitler Führer, sich ein Hakenkreuz getroffen einreichen könne. Der Sozialismus der Hitlerbewegung bestehe darin, daß ein jeder nach seiner Fähigkeit „auf den richtigen Platz“ gestellt werde. Adolf Hitler sei dem deutschen Volk von Gott gesandt.

Die „Gottesendung“ Hitlers bestehe nach Auffassung der Hohenzollern wohl darin, ihr Geschlecht unter Zuhilfenahme eines Rottkäuliger-Sozialismus wieder zu ihrem „Reich“ auf den Thron zu bringen.

Kommunistische Störung einer Stuttgarter Gemeinderatsitzung

Stuttgarter Gemeinderat

Stuttgart, 19. Juni. (Eia. Draht). Im Stuttgarter Gemeinderat war von den Kommunisten beantragt worden, daß der Gemeinderat gegen die Notverordnung Protest erheben, ihre sofortige Aufhebung fordern und ihre Durchführung in Stuttgart verweigern sollte. Während der langen und ganz auf Agitation abgestellten Sitzung mit der ein Kommunist den Antrag begründete, kam es zu Zwischenrufen von der Zuhörerschaft, die der Oberbürgermeister unterbrach. Als keiner der Zwischenrufer der Aufforderung zum Schweigen nachzugeben bereit war, ließ der Redner auf die Glöde des Vorsitzenden nicht hören wollte, entsog dieser ihm das Wort, und als auch das nicht nützte, hob der Oberbürgermeister die Sitzung des Gemeinderats auf und erklärte sie für geschlossen.

Verbot nationalsozialistischer und kommunistischer Versammlungen

Berlin, 19. Juni. Der Polizeipräsident hat auf Grund der Notverordnung vom 28. März 1931 das am Samstag von den Nationalsozialisten geplante (soen. Hork-Best im Stadion, wie die kommunistische Seite für die Zeit vom 4. bis 12. Juli geplante Gwartiafede verboten.

Das kommunistische Organ in Frankfurt a. M. beschlagnahmt

Frankfurt a. M., 19. Juni. Die Frankfurter Arbeiterzeitung, das Organ der kommunistischen Partei, ist heute auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten auf Anordnung des Frankfurter Polizeipräsidenten beschlagnahmt worden.

Personalfragen im Reichskabinett

Berlin, 19. Juni. (Eia. Draht). Am Samstag findet eine Kabinettssitzung statt, auf deren Tagesordnung „Personalfragen“ verzeichnet stehen.

Koloffor geht zur Staatspartei

Berlin, 20. Juni. (Funtdienst). Der aus der Wirtschaftswissenschaften ausgeschiedene Reichstagsabgeordnete Koloffor ist zur Staatspartei übergetreten. Damit zählt die Reichstagsfraktion der Staatspartei jetzt 16 Abgeordnete.

Freistaat Baden

Wirkliche Koalition oder Experiment?

G. Sch. Der Versuch, die Regierungskoalition in Baden auf eine breitere Grundlage zu stellen und gleichzeitig eine Umbildung der Regierung herbeizuführen, ist momentan in ein kritisches Stadium geraten. Herrn Freudbergs Anregung, durch Einbeziehung der liberalen Arbeitsgemeinschaft die große Koalition herzustellen, ist zunächst an den kümmerlichen Epigonen der einst stolzen bürgerlichen badischen Demokratie gescheitert. Die Deutsche Volkspartei dagegen, die bisher stets nörgelend und auch schmähend neben und hinter dem badischen Staatswagen hergelaufen ist, faßte die Gelegenheit beim Schopfe, um früher verpaßte Gelegenheiten zu fortzujagen, eine heisse Ministerjehnsucht zu stillen und um außerdem der Erfüllung spekulativer innerpolitischer Hoffnungen näher zu kommen. Die Herren Volksparteiler brauchen — und das entspricht ihren ältesten Traditionen — ein paar „heilige“ Wahlschwüre, so u. a. auch den, daß den „Schwarzen“, also dem Zentrum, das Kultusministerium niemals ausgeliefert werden soll.

Dem Zentrum kam dieser Gang der Dinge außerordentlich gelegen. Es gibt gerne und ohne eine Fährde darüber zu vergleichen, in der gegenwärtigen Situation das Finanzministerium auf. Und es wird mit feineswegs verhehlter freudiger Miene in das Kultusministerium auch mit einem Minister seinen Einzug halten, zumal es sich dort im Laufe der Jahre eine außerordentlich starke Domäne errichtet hat. Außerdem: das Zentrum möchte die Maßnahmen, die sich demnächst zwangsläufig aus der finanziellen und wirtschaftlichen Lage des Landes ergeben, ferner die, die in Unterordnung unter die Notverordnungen der Reichsregierung zu ergreifen sind, allein mit der Sozialdemokratie nicht verantwortlich tragen. Es wäre ihm sehr lieb, wenn besonders die rechtsgerichtete Teil der sogenannten Liberalen durch Mitverantwortlichkeit in der Agitation und Kritik gestoppt werden könnte. Das Zentrum ist daher nicht untröstlich darüber, daß die Demokraten in ihrer gottsträflichen Weisheit zunächst alle Versuche zerstückeln haben, auch sie in die Koalition einzubeziehen. Mit der bisherigen Entwicklung der Dinge in dem Bestreben, die Koalition zu erweitern und eine Regierungsumbildung vorzunehmen, ist das badische Zentrum in hohem Maße zufrieden; mehr wäre ihm in diesem Augenblick erhehlich weniger.

Und nun ging alles zunächst ganz und schön zwischen den Fraktionsvorständen des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei. In emiger „vertraulicher“ Arbeit im engen Kreise wurde man gerade wenige Tage vor der geplanten Sommervertretung des Landtags einig; die Parteiauslässe dieser Parteien konnten in beinahe einer halben Stunde erst zusammenzutreten, um schnell noch der Koalition Zentrum—Sozialdemokratie—Volkspartei ihren parteiamtlichen Segen geben zu können. Da fällt, merkwürdigerweise auch für politisch sonst erfahrene Leute überraschend, der sozialdemokratische Parteiauslaß einen ablehnenden Beschluß. Diese Ueberraschung hätte man sich sparen können, wenn man vorher und rechtzeitig sich einigermaßen darüber vergewissert hätte, wie die Stimmung in den weitesten Kreisen unserer Parteigenossen gegenüber der Deutschen Volkspartei beschaffen ist, der Partei, die seit dem Bestehen der neuen Staatsform an politischer Treulosigkeit und Hinterlist, an bewußt arbeitserfeindlichem Verhalten, das denkbar möglichste geleistet hat. Und wir haben bisher nicht zu konstatieren vermocht, daß sich die badischen Volksparteiler allzu sehr von ihren Gesinnungsfreunden im Reiche unterscheiden hätten. Mit dieser Partei allein eine Erweiterung der bisher durchaus gut funktionierenden gegenwärtigen Koalition vorzunehmen, ohne daß ein wirklich zwingender politischer Grund vorliegt, das hat der Parteiauslaß unseres Erachtens mit Fug und Recht abgelehnt. Ihm sind auch wohl die Voraussetzungen nicht erfüllt, die erforderlich sind, und offenbar vermochte auch der Parteiauslaß das Ziel nicht klar zu erblicken, das mit dieser Koalitionsumbildung verfolgt wird.

Ob der Parteiauslaß bei einer zweiten Befragung, die wir für völlig überflüssig halten würden, bei der gleichen Lagerung der Dinge anders sich entscheiden würde, glauben wir nicht. Die Landtagsfraktion wird nunmehr selbständig ihre Entschlüsse zu fassen haben. Es wird für sie aber nicht ganz leicht sein, etwa entgegen dem Beschluß des Parteiauslaßes und der Stimmung in weiten Kreisen der Partei sich zu entscheiden. Gemäß, eine Fraktion muß, wenn dringliche Verhältnisse es erfordern, die Beratungskraft und den Mut besitzen, gegebenenfalls auch eine

politische Entscheidung zu fällen, die im Augenblick nicht der Stimmung der Parteianhänger entspricht. So wird zum Beispiel die Entscheidung, die die Reichstagsfraktion am vergangenen Dienstag gefaßt hat, in der gesamten Partei sicher nirgends Freude und sehr wenig Zustimmung ausgelöst haben. Aber die Reichstagsfraktion sah sich unmittelbar vor eine katastrophale Tatsache gestellt und sie mußte so handeln, sollte nicht unübersehbares Unheil entstehen.

Daß aber jetzt oder in der nächsten Woche die badische Koalition, so wie geplant, ungedändert werden muß, dafür liegen außer Persönlichkeits- und Parteiwünschen, irgendwie dringliche Notwendigkeiten nicht vor. Die Angelegenheit kann ruhig und ohne jeden Schaden für den badischen Staat und das badische Volk bis in den Frühherbst hinein verschoben werden. Wir schätzen auch, daß bis dann im Reich sowohl die politische wie die finanzielle und wirtschaftliche Lage soweit zu übersehen ist, daß auch mit politischem Gewinn für die Länder daraus Schlussfolgerungen und Nutzenwendungen gezogen werden können. Auf eine Vertagung bis zum Frühherbst kann jede der drei zunächst beteiligten Parteien eingehen, ohne daß dem Ansehen jeder Partei auch nur der geringste Abbruch geschieht. Und wir können der Zentrumsfraktion in feiner Weise zustimmen, wenn sie behauptet, es sei für das Zentrum völlig unerträglich, einer über die nächste Woche hinausgehenden Vertagung zuzustimmen. Wenn es sich um die Bildung von Koalitionen und Regierungen handelte, hat das Zentrum und haben auch andere Parteien schon weit größere Konzessionen gemacht und machen müssen, als die Vertagung der Umbildung auf den Frühherbst. Wir denken nicht daran, anderen Parteien Unbilliges zuzumuten. Jetzt die Koalition Zentrum—Sozialdemokratie—Deutsche Volkspartei zu schaffen, hieße unseres Erachtens weniger eine wirkliche Koalition zu bilden, als vielmehr ein konfliktswahres dreieckiges Verhältnis, mit wahrscheinlich sehr wenig angenehmem Ausgang. Wir warnen vor einem solchen Experiment und hoffen, daß man sich die vorhandene Zeit läßt, eine Erweiterung der Koalition unter besseren Voraussetzungen vorzunehmen, als sie im Augenblick gegeben sind.

Der letzte deutsche Kriegsgefangene in der Hölle von Cayenne

Als im Jahre 1919 die Stadt Kehl durch die Franzosen besetzt wurde, verhafteten sie den in Kehl wohnenden, aber im Elsaß geborenen Paul Schwarz, Schwarz war nach deutschem Recht deutscher Staatsangehöriger und hat sich selbst auch stets als solcher betraachtet. Er diente in der deutschen Armee, während die Franzosen behaupteten, seine Geburt sei auf französischem Boden erfolgt, er sei also Franzose. Schwarz wurde „wegen Waffentragens gegen sein Vaterland“ vor ein französisches Kriegsgericht gestellt, zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt und nach der berichtigten Strafkolonie Cayenne verbannt. Alle bisherigen Bemühungen von Deutschland aus sind erfolglos geblieben. Seit mehr als zehn Jahren haben sich verschiedene deutsche und elsäß-lothringische Kreise, darunter auch die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, für die Befreiung des auf eine so ungeheuerliche Weise verurteilten Paul Schwarz eingesetzt. Aber alle Bemühungen scheiterten an dem geradezu unverständlichen und hartnäckigen Widerstand der französischen Behörden. Nun hat Herr Rechtsanwalt Dr. Grimm in Essen beim französischen Justizministerium den Antrag auf Entlassung des Schwarz aus dem französischen Staatsverband gestellt. Nicht nur im Interesse des unglücklichen und offenbar zu Unrecht Verurteilten, der in der Hölle von Cayenne schmachtet, sondern auch im Interesse seiner Mutter ist dringend zu wünschen, daß die maßgebenden Behörden des Deutschen Reiches den Antrag des Herrn Dr. Grimm tatkräftig unterstützen, damit endlich der letzte deutsche Kriegsgefangene in sein Vaterland zurückkehren kann.

Die Einzelhandelsbank Baden A.G., die in Karlsruhe ihren Hauptsitz hat, hielt ihre ordentliche Generalversammlung ab. Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung wurden genehmigt, desgleichen die vorgeschlagene Verwendungs des Reingewinnes. Vorstand und Aufsichtsrat wurde Entlastung erteilt. Der Bericht des Vorstandes führt aus, daß die wirtschaftlichen Erfolge der Bank im vergangenen Jahre die schimmlichen Erwartungen übertrafen haben. Die Bilanzverhältnisse verzeichnet im Jahre 1930 für Baden 322 Konten und 266 Beteiligungsverfahren. Gegen 319 und 212 im Jahre 1929. Die Zahl der Offendarstellungen stieg in Baden 1930 auf 6949 (4799), die der Teilwechsele von 14322 auf 18955. Die Umsätze der Bank bewegten sich im Jahre 1930. Als Ergebnis des Geschäftsjahres 1930 verbleibt ein Bruttogewinn von 22.419.4. An die dividendenberechtigten Aktionäre kommen 5 Prozent mit zusammen 3750.4 zur Verteilung.

Forderungen des Arztetages

Der Kölner Arztetag nahm am Freitag drei wichtige Entschlüsse an.

In der ersten Entschlüsse, die sich mit den gesundheitlichen Folgen der Reparationslasten befaßt, erhebt die deutsche Ärzetschaft ihre warnende Stimme dagegen, daß das deutsche Volk wiederum dem Hunger und seinen entsetzlichen Folgen ausgeliefert wird. Die Ärzte hoffen, daß das deutsche Volk durch Erleichterungen der Reparationslasten wieder Lebensmöglichkeiten erhält, damit es nicht der Verzweiflung in die Arme getrieben wird.

Die zweite Entschlüsse beschäftigt sich mit der Reform der Krankenversicherung. Die deutsche Ärzetschaft erwartet von der Reichsregierung, daß den ärztlichen Spitzenverbänden rechtzeitig Gelegenheit gegeben wird, den maßgebenden Stellen vor den für den Herbst in Aussicht genommenen Reformen auf dem Gebiet der Sozialversicherung ihren fachverständigen Rat und ihre Vorschläge zu unterbreiten.

Schließlich nahm der Arztetag noch zur Frage des passiven Zuzinswesens eine Entschlüsse an, in der es u. a. heißt: „Der deutsche Arztetag stellt angesichts der bevorstehenden Abrüstungskonferenz die Forderung an die Reichsregierung, durch internationale Vereinbarungen die Verwendung von Giftgasen und Krankheitsregenden Bakterien zum Zwecke der Vernichtung eines Volks unmöglich zu machen. Angesichts der von vielen Ländern getroffenen Vorbereitungen für die Anwendung der genannten Verfahren, hält er es für unbedingt erforderlich, schon jetzt Garantien dafür zu fordern, daß auch die Vorbereitung derartiger ungesetzlicher Methoden ausgeschlossen wird.“

Köln, 19. Juni. Der von Geh.-Rat Stauder ausgearbeitete Entwurf zu einer Reichsärzteordnung wurde heute vormittag auf dem 50. Deutschen Arztetag mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Keine Versprechungen hinsichtlich des Schlichtungswesens

In den letzten Tagen ist in der Presse immer wieder behauptet worden, daß der Reichsfinanzminister Dr. Brüning in einer Unterredung unter anderem eine Lockerung des Schlichtungswesens in Aussicht gestellt habe. Demgegenüber wird der Sos. Pressedienst auf Anfragen in der Reichsfinanzkanzlei von zuständiger Seite ausdrücklich zu der Erklärung ermächtigt, daß eine derartige Aussage nicht gemacht, sondern ausdrücklich abgelehnt worden ist.

Lehrertagung in Straßburg

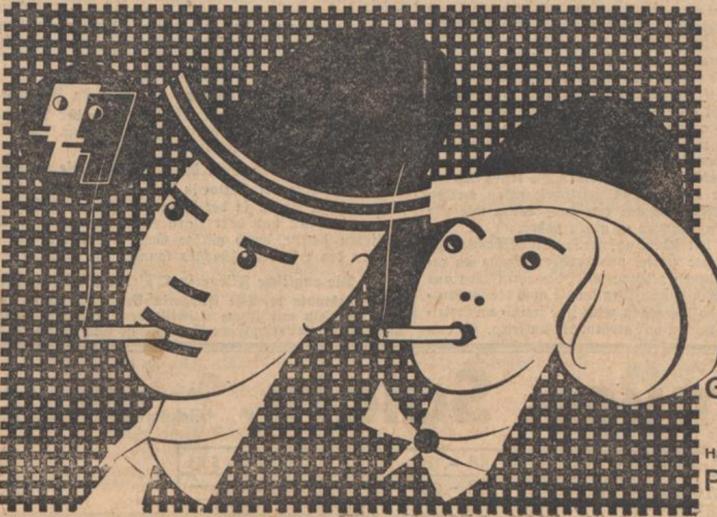
Der Elsaß-lothringische Lehrerverband veranstaltete in Straßburg einen allgemeinen Lehrertag, bei dem die Frage der Reform der Lehrprogramme der Volksschule auf der Tagesordnung stand. Nachdem die Frage von einem Vertreter der Elternverbände und von einem Lehrer behandelt worden war, wurde das Ergebnis der drei Vorträge in einer längeren Erklärung zusammengefaßt. Durch den gegenwärtigen Zustand der Schule sei die seelische und körperliche Gesundheit der Schüler gefährdet. Die Hauptursache der Überlastung liegt der Lehrertag in den übertriebenen Anforderungen der Lehrpläne und in der Unzuverlässigkeit der Lehrmethoden. Damit ist die von der französischen Schulverwaltung eingeführte sog. direkte Methode von dem Verband, der die große Mehrheit der Lehrer umfaßt, als untauglich verurteilt. Es wurde weiter die Einsetzung eines Ausschusses von Erziehern, Lehrern, Eltern und allen an der Schule interessierten Kreisen verlangt, um die Lehrprogramme der geistigen, wirtschaftlichen und sprachlichen Eigenart des Elsaß anzuweisen. Es wird abzuwarten sein, ob die Regierung auf die hierin enthaltene Empfehlung eines besseren deutschen Sprachunterrichts anders reagiert als bisher.

Volkswirtschaft

Der Reichsverband der Landwirtschaftlichen Genossenschaften, der aus der großen Verschmelzung der landwirtschaftlichen Genossenschaften hervorgegangen ist, hält in Zwickau zur Zeit seine ordentliche Generalversammlung ab. Dem Wesenunternehmen sind über 36.000 Genossenschaften angeschlossen. Die 23 Zentralstellen verfügen über ein Vermögen von 100 Millionen Mark. Die Einnahmen haben die zweite Milliarde überschritten. Die landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaften bezogen Waren von über 525 Millionen Mark gegenüber 564 Millionen Mark im Jahre vorher. Die Milchlieferung hat sich von 4,4 Milliarden Litern auf 4,5 Milliarden gesteigert, die Getreidelieferung von 80 Millionen auf 215 Millionen. Die Getreideernteerwartung betrug sich um 12 Prozent. Reichsernährungsminister Schuler wandte sich auf der Tagung gegen die hohe Gewinnspanne des Handels. Im übrigen verlangte Schuler für die Lebensmittelprodukte wie Butter, Eier, Milch, Käse usw. So sehr wir die Schielecke Attitude gegen die Handelspreise begrüßen, so sehr müssen wir bei weiteren Preiserperimenten gerade in diesem Augenblick ganz besonders warnen, weil die Kaufkraft der Bevölkerung an sich schon überspannt ist. Eine weitere Preiserhöhung ist nicht mehr möglich. Soe, wie sie Schuler fordert, sind jetzt ein Verbrechen.

Die Mehrheit der Reichsbanner in Ruhrfabrikensberg hat in der Reichsbannerversammlung einen Vorschlag angenommen, wonach das Bundesrat grundsätzlich auf der Basis, wie es durch die Verordnung des Reichswirtschaftsministers vom 29. Mai dieses Jahres zugelassen wurde, verlängert wird.

Freudigen und vielseitigen Wiederhall bei ungezählten Rauchern fand unsere Telegrammnachricht: „Preisabbau durch Treurabatt“ wonach jede Einheitspackung Gildehof und Bergmann-Privat 1 Wertmarke jede Großpackung Gildehof und Bergmann-Privat 3 Wertmarken enthält. Trotz Treurabatt dauernde Qualitätssteigerung, die allein unseren Erfolg verbürgt und die ungezählten Raucher unserer Marken zufriedenstellt. Haus Bergmann Zigarettenfabrik A-G · Dresden



Gildehof
Packung 50
Haus Bergmann
Privat
Packung 60

Die Arbeitslosenfrage in der Notverordnung

vom 5. Juni 1931

II.

Unter diesen Verhältnissen stehen Partei und Gewerkschaften vor schwierigen und für die Zukunft bedeutungsvollen Entscheidungen. Ein Sturz der Regierung Brüning brächte zunächst aber sicher noch viel weitergehende Verschlechterungen ohne die Sicherheit einer baldigen Besserung. Die deutsche Volkspartei und was rechts von ihr steht, fordert für das erste, daß alle Leistungen der Arbeitslosenversicherung auf die Höhe der Krisenfürsorge herabgedrückt werden. Saisonarbeiter, Ehefrauen und Jugendliche sollen aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen werden. Die Sanierung der Knappschaftsversicherung und Invalidenversicherung soll ebenfalls ausschließlich durch Herabsetzung der Leistungen erreicht werden. Das Steuerwesen soll noch mehr zu Ungunsten der Lohn- und Gehaltsempfänger umgebogen werden. Schwer erkrankte Ertragslosen stehen auf dem Spiel, die, wenn sie erst einmal verloren sind, nur in schweren, opfervollen Kämpfen wieder geholt werden können. Wenn es nach einem Sturz der Brüningregierung noch schlechter wird, dann werden die Kritiker innerhalb und außerhalb der Partei doch wieder die Sozialdemokratie dafür verantwortlich machen. So wie die Dinge jetzt liegen, kann die Arbeiterschaft nicht dabei stehen bleiben, den Kampf um Unterlassungssätze zu führen. Die letzte Notverordnung zeigt mit aller Deutlichkeit, daß mit den bisher angewandten und vorgeschlagenen Mitteln die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden kann. Wir haben gegenwärtig 1 600 000 Arbeitslose mehr als im Vorjahre um diese Zeit, der Jahresdurchschnitt wird zwischen 4,5 und 5 Millionen Arbeitslose liegen. Ein wesentlicher Rückschlag ist nicht mehr zu erwarten. Eine Verkürzung der Arbeitszeit, ein Vorgehen gegen die Doppelverdiener und das, was die Regierung auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung vermag, kann höchstens für etwa ein Fünftel der Arbeitslosen Beschäftigung schaffen. Dabei haben diese Maßnahmen zur Folge, daß anderen Teilen der Arbeitnehmerschaft ihr Einkommen gekürzt wird. In immer weiteren Kreisen auch außerhalb der Sozialdemokratie dringt sich die Erkenntnis Bahn, daß dringende Änderungen in unserer Wirtschaftsorganisation vor sich gehen müssen. Gewaltige Umrichtungen in unserer Bevölkerung werden erforderlich. Eine Gesundung der deutschen Volkswirtschaft erfordert, daß mindestens 10 Prozent von unserer Bevölkerung mehr in der Landwirtschaft Beschäftigung und Ertrags finden als dies heute der Fall ist. Es werden in Zukunft nur die Völker wirtschaftlich gesund sein, die mindestens ein Drittel ihrer Bevölkerung in der Landwirtschaft haben. In Deutschland sind es 24 Prozent, in den Vereinigten Staaten 26 Prozent, in Frankreich 38 Prozent. Die in Deutschland erforderliche Umrichtung kann selbst bei energischer Inangriffnahme sich nur innerhalb von zwei oder drei Jahrzehnten vollziehen. Sie muß verbunden sein mit einer Verbesserung und Umgestaltung unserer landwirtschaftlichen Betriebe mit dem Ziel, daß die deutsche Landwirtschaft in dem wesentlichen Teil ihrer Produktion konkurrenzfähig mit einer gesunden Auslandskonkurrenz wird. In dieser Umgestaltung arbeiten verschiedene Organisationen, vor allem der Verband „Deutscher Landbestandsgenossenschaften“ in einer Weise, die auch von der Partei Beachtung und Unterstützung verdient. Die Umgestaltung der Landwirtschaft erfordert weitgehende genossenschaftliche Organisation der Bauern, sowie ein rückwärtsgeleitetes Vorgehen gegen den Großgrundbesitz und eine Bodenpolitik, bei der die Bodenpreise auf ein richtiges Maß herabgedrückt werden. Bis jetzt wurden durch verschiedene Maßnahmen die Bodenpreise künstlich hochgetrieben und mit den hochgetriebenen Bodenpreisen wurde wiederum die Zoll- und Preispolitik der Großgrundbesitzer begründet.

In der Industrie müssen Wege beschritten werden, die zu einer richtigen Bedarfsdeckung führen. Es ist unerträglich, daß die deutschen Konsumenten die Lasten tragen sollen, welche sich die Eisenindustrie durch Abschluß von Verträgen im Ausland auferlegt. Die deutschen Konsumenten sollen die Lasten tragen, für alle die Fehlleistungen von Kapital, die sich die deutsche Industrie durch falsche Investitionen geleistet hat. Die Unternehmerpresse hat es ausgezeichnet verstanden, Fehler, die in Gemeinwirtschaft gemacht wurden, aufzubauen, um die Mäde des Volkes von ihren eigenen Fehlern abzulenken. Vielfach begegnet man noch der Auffassung, als würden durch die Fehlleistungen von Kapital in Privatbetrieben nur die allernächsten Beteiligten berührt. In Wirklichkeit aber liegt auf den Warenpreisen auch der größte Teil der Lasten für die stillgelegten Betriebe. Wenn das deutsche Volk eine Ahnung hätte von dem Umfang der Kapitalfehlleistungen und den damit verbundenen Preisverhöhungen in der Privatindustrie, dann würde es alle Hochachtung vor unseren Bank- und Industriekreisen verlieren. Man ist im Ausland oft entsetzt über die politische Kurzsichtigkeit unserer Wirtschaftsführer, die uns schon so ungenügend geschadet hat. Auf wirtschaftlichem Gebiet sind die Herren aber auch nicht viel einfichtsvoller. Wir erwarten von diesen Herren nicht, daß sie den Sozialismus einführen, aber soviel Erkenntnis müssen wir von den Herren verlangen, daß sie das Verheeren ihrer bisherigen Maßnahmen und Forderungen einsehen. Die Unternehmerpolitik hat uns bis jetzt immer tiefer in das Unglück hineingeführt. Deutschland geht gegenwärtig wieder durch eine Geldkrise, die hervorgerufen ist durch politische Vorgänge, die nur mit Unterstützung des Unternehmertums möglich waren. Woher soll im Ausland Vertrauen zu Deutschland kommen, wenn man im Ausland sieht, daß die „notleidenden“ Unternehmerverbände Hunderttausende für die Nationalsozialisten zur Verfügung stellen.

Aus diesen Zuständen heraus erwächst für die sozialdemokratische Partei die Pflicht, eine Umgestaltung unserer Wirtschaftsorganisation einzuleiten. Ueber diese Forderung besteht auch Einigkeit in der Partei. Klarheit besteht aber noch nicht über den Weg, der zu gehen ist. Wir dürfen uns aber nicht irre machen lassen, durch die These, daß ein Übergang zur Gemeinwirtschaft und planmäßiger Bedarfswirtschaft nur international möglich wäre. Gewiß gibt es Dinge, die eine internationale Regelung erfordern, die ersten Schritte aber müssen innerhalb der eigenen Volkswirtschaft getan werden und vieles läßt sich in diesem Rahmen erreichen. Wenn wir nur erst klar sind über den Weg, den wir zu gehen haben.

Der Leipziger Parteitag hat jedem aufmerksamen Beobachter gezeigt, daß die Führung in der Partei und darüber hinaus im gesamten arbeitenden Volk, denen gehören wird, die einen Weg aus der Not weisen können. Einen solchen Weg konnte auch die Braunkohlenkommission nicht weisen. Das Gutachten wird jede sozial- und wirtschaftspolitisch interessierte Person mit großem Nutzen lesen. Es ent-

bält interessante statistische Tabellen. Eine klare Zusammenfassung der Vorgänge während und nach dem Kriege, klug abgewogene Sätze über die Ursachen der Krise, über Fehler, die in öffentlicher und privater Wirtschaft gemacht wurden. Auch Vorschläge wie die Arbeitslosennot gelindert werden kann, sind darin enthalten, aber keine Vorschläge, die eine durchgreifende und dauernde Besserung bringen können. Auch in der sehr umfangreichen Literatur über die Arbeitslosenfrage finden wir meist nur mehr oder weniger gute Kritiken der bestehenden Verhältnisse, scharfe Kritik der Fehler, die von denen auf der anderen Seite begangen werden, aber selbst in Büchern mit den verlockendsten Ueberschriften findet man höchstens noch etwas über ein fernliegendes Ziel, aber nichts über den Weg, der zum Ziel führt. Auch die sünftige Wissenschaft hat bis jetzt versagt. Deshalb tritt an Theoretiker und Praktiker in unserer Partei die Aufgabe heran, den richtigen Weg zu finden. Noch wichtiger und

schwieriger als die Zielfindung ist die Wegemarkierung. Wir müssen nicht nur zielbewußt, sondern auch wegebewußt werden.

Hinter der Frage, wie wir den Arbeitslosen Beschäftigung schaffen, wie wir durch eine Umorganisation der Gütererzeugung und der Güterverteilung die Masse des arbeitenden Volkes zu einer höheren Lebenshaltung bringen können, müssen alle anderen Fragen zurücktreten. Ein Volk in dem ein Fünftel der arbeitsfähigen Personen zur Arbeitslosigkeit und zum Hungerleiden verurteilt ist, muß kulturell verfallen. In dem Parteitagserlaß des Genossen Tarnow und in Reden des Genossen Weipart, die er auf internationalen Kongressen hielt, sind wichtige Fingerzeige gegeben für die Weiterbehandlung der Frage, und bei gutem Willen und durch Zusammenarbeiten aller Versuchen muß es gelingen, eine Lösung zu finden. Wenn Weg und Ziel festgelegt sind, dann wird die Arbeiterschaft folgen.

Aus aller Welt

Die erste Wasserlandung des „Graf Zeppelin“

Friedrichshafen, 19. Juni. Als Vorbereitung zur Artisfahrt des „Graf Zeppelin“ diente die heute nachmittag auf dem Bodensee ausgeführte erste Wasserlandung des Luftschiffes. Um 15.40 Uhr erschien das Luftschiff, von seiner Schweißerbahn zurückkehrend und steuerte langsam am rechten Seimathafen zu. Bei leichtem westlichen Winde und strahlendem Sonnenschein schied sich der majestätische Luftriese zur Landung an. Diese war um 16.12 Uhr beendet. Nach Ballastausgleichung wurde 19 Minuten später ein luftgefülltes Gummiboot mit zwei Mann Besatzung ins Wasser gelassen. Die Massen bewunderten die ruhige Lage des Luftschiffes auf dem See und das leichte Schweben des riesigen Körpers. Nach dem glänzend gelungenen Landungsmanöver fuhr das Luftschiff mit gedrosselten Motoren noch eine Strecke von etwa 500 Metern auf dem Wasser. Sodann erhob es sich leicht in die Luft und steuerte dem Seimathafen zu, wo es um 16.50 Uhr glatt landete.

Die Gesamtzahl der „St. Philibert“-Opfer

Paris, 19. Juni. Nach den Feststellungen des Magistrats von Nantes hat die Zahl der Opfer der Schiffstataktie bereits die Zahl 400 überschritten ohne Einrechnung der umgetommenen Kinder und der Mannschaften. Man muß daher damit rechnen, daß die Gesamtzahl der Opfer 550 bis 580 Personen beträgt.

7 Monate Gefängnis wegen der Lebensmittelplünderung am Wedding

BRB. Berlin, 19. Juni. Im Schnellgerichtsverfahren beschloß heute das Schöffengericht Wedding mit der Lebensmittelplünderung, die im Norden Berlins in letzter Zeit erfolgte. Das Schöffengericht verurteilte die Angeklagten wegen Landfriedensbruchs zu je sieben Monate Gefängnis.



Güterwagen stürzt von einer Brücke auf die Straße

In Düren (Rheinland) ereignete sich ein schwerer Eisenbahnunfall, als auf einer Straßenüberführung ein Güterwagen entgleiste und mit voller Gewalt auf die Straße niederfiel.

Schwerer Autounfall bei Frankfurt am Main

BRB. Frankfurt a. M., 19. Juni. Auf der Forsthausstraße raste heute eine mit sechs Personen besetzte Autodroschke in voller Fahrt gegen einen Hauseingang und wurde völlig zertrümmert. Der Chauffeur, drei junge Leute aus Hausmum (Kreis Fulda) und ein neunjähriger Junge aus Frankfurt a. M., erlitten schwere Schädelverletzungen und wurden ins Krankenhaus gebracht. Die beiden anderen Fahrgäste, eine Frau und ihre neunjährige Tochter aus Frankfurt a. M., kamen mit Hautabrischen davon. Man nimmt an, daß der Unfall auf Trunkenheit des Kraftwagenführers zurückzuführen ist.

Do X unmittelbar vor Rio de Janeiro

BRB. New York, 19. Juni. Do X ist, wie der Nationaltelegraph meldet, um 21.05 Uhr (MEZ) in Ubelia de S. Pedro (unmittelbar am Cap Frio) eingetroffen.

Drei Bergleute durch giftige Gase getötet

In Bukovina bei Rattowitz sind drei arbeitslose Bergleute, die einen wilden Abbau in der Nähe des Hillebrandshafes bei Neudorf vornahmen und dort einen zwölf Meter tiefen Schacht vorgetrieben hatten, durch giftige Gase erstickt. Die Rettungsmannschaften des Hillebrandshafes konnten die Leichen bergen.

Die englische Fliegerin D'Errien tödlich abgestürzt

Die bekannte britische Fliegerin Fel. D'Errien ist in der Nähe von Hattfield mit ihrem Leichterflugzeug abgestürzt. Die Fliegerin und ihre Begleiterin, Frau Gallien, sind verstorben. Die Leichen

der beiden Frauen wurden völlig zerstört aufgefunden. Fräulein D'Errien hatte bereits bei einem früheren Flugunfall ein Bein verloren.

Muttermordprozess Thielecke

Calistros Max Thielecke, der Mörder seiner Mutter, gibt dem Berliner Schwurgericht immer neue Rätsel auf. Dieser junge Mensch, der, faktisch und manchmal ironisch lächelnd, dem Gericht mit verquollenen pseudowissenschaftlichen Definitionen seiner entsetzlichen Tat zu kommen versucht, der mit fast bebaglicher Breite die arauenvollen Details seiner Muttat schildert, gelassen, als ginge ihm das alles nichts an, hat einen Vergleich gebraucht, der allen Zuhörern das Blut in den Adern gerinnen ließ. Als die Sprache darauf kam, daß er die Mutter, die er umgebracht hatte, wie ein Paket einschürzte, laute dieser entartete Sohn — und seine Miene suchte dabei in seinem blässen, verfallenen Gesicht — wörtlich: „Der Vorständer, ich bitte von vornherein das jetzt gebräuchliche Bild zu entschuldigen, aber ich konnte sie doch nicht wie eine verdrückte Sau im Wasser liegen lassen.“ Das Gericht hielt den Mann an. Aus den Augen des Verteidigers brach tiefes Entsetzen. Der Vorständer war fallungslos. Ein Mensch? Ein Tier? Ein Geisteskranker? Der einzige im Saal, der die Festung bewachte, war jener Angeklagte, der es lächelnd über sich brachte, in beratend schillernder Weise von der eigenen Mutter zu sprechen. Und mit Macht drängte sich den Hörern der Gedanke auf, daß dieser „Schrittsteller“ mit dem leidenschaftlichen Gang für den Indiamismus eine Angelegenheit für den Prokurator sein müsse.

Zu Beginn der Freitagsverhandlung genen Calistros Thielecke erklärte der Staatsanwalt und der Verteidiger, daß auf viele Fragen verzichtet werden könne, so daß baldigst die Beweisaufnahme geschlossen werden kann. Prof. Jochen-Weipart erklärte über den Angeklagten als Schüler in Widdersdorf: „Galt“, wie er dort genannt wurde, war als ein außerordentlichler Mensch aufzufassen, bei den Schülern war er sehr beliebt. Für die Lehrer war er wegen seiner einseitigen Begabung für Sprachen, Kunstgeschichte und ethnologische Fächer ein Problem, da er in anderen Fächern verlässliche Solange er in Widdersdorf war, trug er einen Dolch und betrachtete diese als sein Vorrat.

Schmuggler bei der Grenze Nahrens erschossen

Bei Nahren stellten Zollbeamte im Augustinerwald eine Schmugglerbande von zehn Mann. Da die Schmuggler auf die Saltrufe der Zollbeamten nicht stehen blieben, gaben die Beamten Warnungsschüsse ab. Trotzdem gingen die Schmuggler weiter, worauf die Beamten scharf schossen. Dabei wurde einer der Schmuggler durch einen Heberschuss getötet. Es handelt sich um einen 30jährigen unbekannt Mann. Man nimmt an, daß er aus Gienendorf stammt. Es wurden 10 000 Zigaretten bei ihm gefunden.

Prozess gegen einen Prügelpädagogen

Am Donnerstag begann, wie bereits kurz berichtet, vor der großen Strafkammer des Landgerichts München der Prozess gegen den ehemaligen Rektor der Fürsteneranstalt Schönen, Straube, sowie gegen 32 Beamte dieser Anstalt. Die Anklage lautet teils auf gefährliche Körperverletzung, in einem Fall mit tödlichem Ausgang, teils auf Bildung eines bewaffneten Haufens. Den 33 Angeklagten stehen 15 Verteidiger zur Verfügung. Da fast sämtliche Münchener Rechtsanwältinnen in dem Prozess tätig sind, ist der Münchener Justizbetrieb völlig lahmgelegt. Man rechnet mit einer Prozessdauer von etwa vier Wochen.

Der Verhandlung liegen beschämende Vorfälle in der Erziehungsanstalt Schönen im Dannerbergsitz zugrunde. Nachdem am 18. Februar vorigen Jahres eine Anzahl Beamte der Anstalt rebelliert hatten, indem sie die Fenster einschlugen und mit Stuhlbeinen bewaffnet vor dem Dienstsitz des Direktors Straube demonstrierten, griff dieser in keiner Weise seiner Aufgabe gemessene Direktionsmaßnahmen zu dem völlig verkehrten Mittel, eine „Lohnkammergarde“ zusammenzustellen, die animiert von Straube, die aufständigen Kameraden schwer mißhandelte, wobei einer der Revolverhelden tödlich verletzt wurde, daß er an den Folgen des Ueberfalls starb. Nachdem die zuständigen Polizeibehörden das Ereignis von 3000 Mann aus schärfste mißbilligen und verbotenen, hat Straube zu diesem Mittel gegriffen, das jedem bürgerlichen Widerstand die Behörden haben sofort scharf eingegriffen und die Anstalt Schönen aufgelöst; Straube ist seines Postens enthoben worden.

München, 19. Juni. Im Verlauf der weiteren Verhandlung des Scheun-Prozesses verurteilte heute nachmittag das Gericht die Sattelanstaltung sämtlicher Angeklagten.

Hohenzollernprinz unter Anklage

Paris, 19. Juni. (Eig. Draht.) Der Hohenzollernprinz Friedrich Leopold ist von einem Pariser Antiquitätenhändler verklagt worden. Der Prinz hatte bei dem Händler ein Möbelstück im Werte von 40 000 Francs gekauft, aber nur 15 000 Francs bezahlt.

Bei der Ankunft in Deutschland lehnte der Prinz den Empfang des Möbelstückes ab und sandte es nach Paris zurück. Der Händler verlangte daraufhin die restliche Kaufsumme und die Erstattung der Versandkosten, in Höhe von zusammen 48 740 Francs. Da der Prinz auf einen Brief des Antiquitätenhändlers nicht antwortete, wurde er verklagt.

Am Freitag fand in Paris der erste Termin in der Sache statt. Wieder stellte sich der Prinz nicht ein, weder er noch ein Vertreter waren erschienen. Das Urteil wird am Freitag nächster Woche gefällt.

Am 4. Juli findet garantiert die Ziehung der 1. Wöchentlichen Wohlfahrtswelldotterie statt. Hierbei werden 25 000 M. Geldgewinne verteilt. Bei einem Einlös von nur 50 M. Gewinnen auf ein Doppellos zu 1 M. ist 10 000 M. Wer würde nicht gerne eine so glänzende Gelegenheit benutzen? Sie sind, wie aus dem beifolgenden Anzeiger ersichtlich ist, bei Herrn Firma Züchner, Mannheim O. 7, 11 und allen Verkaufsstellen zu haben. Hoffentlich wird auch einer unserer Abonnenten einen glänzenden Gewinn erzielen.

Gemüse, Salate,

schwache Suppen, Soßen und alle Fleischgerichte erhalten augenblicklich unvergleichlichen Wohlgeschmack durch wenige Tropfen

MAGGI [®] Würze ist, Originalflaschen	RM -18	-36	-63	-90	1.49	5.85
billiger geworden • nachgefüllt	RM -09	-20	-39	-59	1.13	—

MAGGI[®] Würze



Heidelberger Wohnungsbau-Skandal

Wie drei Männer über zwei Millionen Mark veruntreuten

Es war im September des vergangenen Jahres, als in Heidelberg ein Zusammenbruch erfolgte, dessen Bealeitumstände so ungewöhnlich waren, daß sie weitläufige Aufsehen erregten. Reichlich zwei Jahre vorher war die Heidelberger Wohnungsbau-GmbH. gegründet worden, hinter der als erster Geschäftsführer ein Rechtsanwalt stand und als deren Aufsichtsrat man einige Namen von gutem Klang nennen hörte. Bald trachtete man einige Pläne auf, die sich allerdings in Heidelberg nicht verwirklichen ließen, eine große Villa in der Gaisbergstraße wurde gemietet und alles hatte den Anstrich des Sicherns und Günstigen. Bald gab es drei Geschäftsführer, von denen zwei äußerst nobel auftraten, ein paar Autos fehlten nicht, die Einrichtung der Büros war fürstlich, und noch weit wichtiger sind die Bauprojekte gewesen, von denen man sprach. Rechtsanwalt Ludwig Müller in Heidelberg war der Hauptgründer und eigentlich geistige Urheber der Sache, zugleich auch größter Gesellschafter bei einem zum Teil nur nominell vorhandenen Stammkapital von 20 000 RM. Die Aufsichtsratsmitglieder bestanden auch nur dem Namen nach, denn sie wurden in die Gesellschafter von Müller nicht einbezogen, und schieden meist bald wieder aus ihren Ämtern, die keine waren. Zweiter Geschäftsführer wurde nach einigen Monaten Alfred Goldschmidt, dritter, weiterer Geschäftsführer bei wachsendem Geldbedürfnis Kaufmann Paul Müller, der schon früher in Wohnungsbauangelegenheiten gearbeitet hatte, da er beim Deutschen Bauverein in Sinsheim in leitender Stellung tätig war.

Wie es dieser Wohnungsbau-GmbH. möglich gewesen ist, von der Konzeption der Armen Schulmeister in Speyer den in die Millionen gehenden Bau eines großen Krankenhauses in Ludwigsweiler übertragen zu erhalten, bleibt eines der vielen Rätsel in dieser wirren Angelegenheit. So wurde schon im September 1928 der Vertrag abgeschlossen und der Speyerer Orden stellte den für unsere Zeit gewiß hohen Betrag von 3 463 000 RM für den Bau zur Verfügung, den nun die Wohnungsbau-GmbH. einem Münchener Architekten zur Ausführung übergab.

Die Geschäftsführer lebten auf feinem Fuß, hatten Geld in Hülle und Fülle, hatten große Gebälter und daneben 100 bis 200 Mark Tageslohn, wenn sie — was natürlich sehr oft nötig war — Geschäftsführer machen mußten. Ausgezeichnete wegen der Ehe, Autos, Fahrt im Rheingoldbus, Sesseltage in den Büros und Zuhause, das alles war ständig an der Tagesordnung.

Mis das Baugeld „alt“ war, da stellte es sich heraus, daß man noch weit mehr Geld brauchte. Solche Baugeldüberforderungen waren natürlich nichts Seltenes in jener Zeit, und daher waren auch die Armen Schulmeister bereit, weiteres Geld zu beschaffen, einmal tie ja den Bau schon groß und fastlich vor sich ziehen sahen. Ueber zwei Millionen Mark Finanzanschlag stellte der geschäftsführende Prälat der Schwestern noch aus, weil Ludwig Müller, der natürlich inszwischen seine Rechtsanwaltsstätigkeit längst eingestellt hatte, immer wieder neue Beweise brachte, wie nötig diese Mittel zur Fertigstellung des bei einer Bank liegenden Geldes seien.

Dann plötzlich knifferte es im September 1930 im Gebäud. Bei der Staatsanwaltschaft tauchten Anzeigen auf, Wechsel wurden nur mit Mühe unter Mitwirkung anderer, teurerer Mittel eingelöst, Forderungen von Bauleistern kamen, und ehe man es sich verah, war der Zusammenbruch da. Tatsächlich fehlten weit über zwei Millionen Mark, denn schon von der ersten Bauphase waren rund 670 000 Mark nicht dem Bau, sondern eigenen Spekulationen zugeführt worden und von den durch Finanzanschlag des Speyerer Ordens herbeigekommenen 2 608 000 RM. waren gleichfalls 1 700 000 RM. nur in die Hände von Ludwig Müller geflossen. Dort waren sie zu einem Teil für die laufenden kurzfristigen Ausgaben verwendet, zum weitaus größten Teil aber in Spekulationsgeschäften verloren worden.

Der größte Schatz Ludwig Müllers aber war die Gründung einer Gesellschaft in Amsterdam, der „Socoma“, die mit Finanzierung und anderen geldbringenden Sachen arbeiten sollte, u. a. mit Hilfe einer weiteren holländischen Tochtergesellschaft „Trust Makshapoli“ Prämienobjekten zu 40 Gulden zu einem Auszahlungssatz von 70 Gulden herausgab, die wöchentlich nach holländischem Brauch ausgelöst wurden, wobei es stets einen Haupttreffer von 75 000 Gulden gab, der natürlich — an die Gesellschaft zu fallen hatte. Die hierbei geleistete Einzahlung der Wohnungsbau-GmbH. in Höhe von rund 650 000 Mark ist völlig verloren. 230 000 Mark gingen durch eine in die Hände von München auf ein Rüttelwort gegebene spezialisierte Sponsel verloren, 200 000 Mark erhielt ein Essener Anwalt für Sesselen, die sich nachher als faul herausstellten, mit 52 000 Mark Einlage aus Heidelberg wurde in Berlin die Remo-Filmgesellschaft gegründet, die nie einen Film herausbrachte, 50 000 Mark wurden einer Schallplattenfirma zur Verfügung gestellt, die jetzt im Verleichtsverfahren ist und außerdem die Rechtsanwaltskanzlei der Forderungsbekämpfung, 71 000 Mark an eine Automaten-Gesellschaft in Berlin gestiftet, bei der man sich sogar noch mit weiteren 300 000 Mark beteiligen wollte, und für eine große Anzahl jetzt wertloser Aktien einer Schweizer Kreditgesellschaft wurden gleichfalls große Beträge ausgeben.

Anfangs im Freitag den 18. Juni vor der Heidelberger Strafkammer beendeten Verhandlung ist Vermittlung, Konfuzvergehen und andere Vergehen, wobei für das Konfuzvergehen in Frage kommt, daß schon im Dezember 1928 eine Leberstrahlung um fast 180 000 Mark festgesetzt wurde, die die Anrechnung des Konfuzes nötig gemacht hätte. Die Verhandlungsdauer ist mit minde-

stens einer Woche anzunehmen und die Anklageschrift umfaßt über 80 Seiten.

Die Verhandlung

Heidelberg, 19. Juni. Heute vormittag begann vor dem Erweiterten Schöffengericht die Verhandlung gegen den 32jährigen früheren Rechtsanwalt Ludwig Müller aus Heidelberg, geb. in Müllheim (Baden) und den 30 Jahre alten Diplomatkaufmann Alfred Goldschmidt (Heidelberg), geb. in Speyer.

Es sind 15 Zeugen und als Sachverständiger Bankdirektor a. D. Traub (Mannheim) geladen. — Der Angeklagte Ludwig Müller schilderte dann, wie es zur Gründung der Wohnungsbau-Gesellschaft kam, deren Hauptgeschäftsführer er war. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde vor allem der Bauvertrag zwischen der Wohnungsbau-Gesellschaft und dem Kloster der Armen Schulmeister in Speyer behandelt. Es waren Kontrollmaßnahmen durch die oberste Bauleitung, den Münchener Architekten von Perlanon, vorgelesen, durch die die Verwendung der abgehobenen Beträge für den Neubau auf Grund der Rechnungslegung durch die Wohnungsbau-Gesellschaft festgestellt werden sollten. Diese Kontrolle erfolgte aber selten, wie in der Verhandlung festgestellt wurde, besonders auch deshalb, weil der oberste Bauleiter während der Bauphase eine lange Reihe angezogen hatte.

Der Vertrag hatte für die Wohnungsbau-Gesellschaft und ihren eigentlichen Inhaber Ludwig Müller den großen Vorteil, daß die Gesellschaft Generalunternehmer war und daß der Auftraggeber in aut wie keine Einzelheiten über die Verwendung der Mittel mitzuteilen mußte. Weiter war hierbei für die Schuldfrage wesentlich, ob sich die Wohnungsbau-Gesellschaft soweit durch den Vertrag geschützt hatte, daß auch die Schwesternkongregation nichts dagegen einwenden kann, wenn Ludwig Müller die Gelder, die nicht an die Baufirmen bezahlt wurden (was natürlich eigentlich geschehen mußte) inszwischen anders anlegte, um höhere Einnahmen daraus zu erzielen. Müller betonte, daß ihm der Vertrag das durchaus gestattet habe. Er habe frei über das Geld verfügen und so verwenden können, wie er es als gewinnbringend für angesehen hielt. Diese Frage ist deshalb wichtig, weil unter Umständen bei den hier in Frage kommenden Geldbeträgen eine Umänderung der Schuld oder gar Schuldscheitern im juristischen Sinne entstehen könnte.

Der Oberstaatsanwalt vertritt allerdings die Anschauung, daß die Schwesternkongregation nicht genügend über die Pläne Müllers im Klaren war. Demgegenüber glaubte der Vorsitzende feststellen zu können, daß der Geschäftsführer der Wohnungsbau-Gesellschaft von vornherein mit seinem großen Büro, den großen Gebäuden, Reisekosten und Tageslohn weit über den hierauf zugewiesenen Rahmen hinausgegangen sei, daß also Ludwig Müller die Hälfte des Betrages geholt haben müsse.

Aus der Stadt Durlach

Aus der Stadtratssitzung vom 17. Juni 1931

Die Beschaffung eines neuen Platzes für die hiesige Dreifachstraße bereitet große Schwierigkeiten, da die bis jetzt vorgeschlagenen Plätze alle entweder zu nahe am Krankenhaus oder zu nahe am Ortskern liegen; es wurden nunmehr weitere Plätze vorgeschlagen, deren Brauchbarkeit zunächst geprüft werden muß. — Das Gesuch von zwei hiesigen Plästermeistern, ihnen mehrere Straßen zur Neupflasterung zu überlassen, wobei sie sich bereit erklärt haben, den entstehenden Aufwand der Stadt gegen eine geringe Verzinsung auf zwei Jahre zu stunden, kann aus staatsrechtlichen Gründen nicht genehmigt werden. — Mit der Aufstellung einer neuzeitlichen Personewanne (mit Mischgas) im Stadt. Schwimmbad ist der Stadtrat einverstanden. — Die Abrechnung über das Pfandkassenvermögen im Klaren war. Demgegenüber glaubte der Vorsitzende feststellen zu können, daß der Geschäftsführer der Wohnungsbau-Gesellschaft von vornherein mit seinem großen Büro, den großen Gebäuden, Reisekosten und Tageslohn weit über den hierauf zugewiesenen Rahmen hinausgegangen sei, daß also Ludwig Müller die Hälfte des Betrages geholt haben müsse.

Vertrag über die finanzielle Auswirkung der neuen Notverordnung hinsichtlich des Filioraufwandes; hiernach kann von der bisher betonten Entlastung der Gemeinden durch die neue Notverordnung nicht gesprochen werden, es dürfte vielmehr mit einer neuen Belastung der Gemeinden zu rechnen sein.

Das Gesuch des Mieters einer städtischen Wohnung um Mietzinsermäßigung wird entgegenkommend verbeschieden. — Eine Hausbesitzerin in der Bergwaldstraße, deren Vorgartenmauer nach ihrer Angabe infolge vorgenommener Sprengungen bei Legung städtischer Leitungen eingestürzt sein soll, verlangt Schadenersatz. Die Berechtigung dieses Verlangens vermag der Stadtrat nicht anzuerkennen. — Ein Gesuch um weitere Stundung von Gemeindeaufgaben wird abschlägig verbeschieden.

(Zu der städtischen Gutschofrage hatten die Nationalsozialisten den Antrag auf Verkauf desselben gestellt. Als ihnen klar gemacht worden war, daß der Gutschof Ueberhöfliche abwirft, saßen sie den Antrag wieder zurück. Es sind hoch Wortschleier, unter Nationalsozialisten, und die „einigen“, frei nach dem Führer, die „brauchbare“ Anträge stellen, wie Figura seigt. Der Berichterst.)

Jubiläumfeier des Sängerbund Worms

Die Feiert hat in erster Linie diesen gefolgt, die dem Verein Jahreshefte hindurch die Treue hielten. Schöne Heimat- und Volkslieder leiteten den Jubiläumssakt ein. Der stattliche Chor sang frisch und warm von Mendelssohn, Schubert und Ullmann. Durch den Gesang angefeuert, ergriff der Gauvorsitzende, Sangesbruder Töpfer das Wort und ehrte in begeisterter Ansprache 18 Sängere für 25jährige Mitgliebschaft und 4 Sängere für 40 Jahre. Ersteren wurde die silberne Sängernadel, und diesen, die im Dienste für die Arbeiterlängerecke ergraut sind, die goldene Sängernadel überreicht. Unter lieber Gesangsabgabe, Herr Musikdirektor Willi Effler, war auch unter den Jubilaren. Schon über 30 Jahre wirkte er als Chorleiter im Deutschen Arbeiterlängerebund, davon schon allein 20 Jahre im Worms. Das Sineintragen der freitwilligen Kunst — und der Freiheitsidee überhaupt — in die Reihen der Arbeiterlängere, ist sein unumstrittenes Verdienst. Willi Effler dirigierte nicht nur um der Musik und des Gesanges willen, sondern auch an seinen Sängern sozialistische Erziehungsarbeit zu leisten. Für sein langjähriges Wirken wurde ihm vom Gauvorstand ein Partiturbuch für gemischten Chor und die goldene Sängernadel überreicht. Der Vorstand, Sangesbruder Schuder, dankte im Auftrage der Jubilare und ehrte noch 2 Mitgliebers aus der Passivität. Die Frühlingsschiffahrt, die er erweckende gemischte Chor, brachte diesen Akt zum Abschluß. Die Lindnerkapelle spielte dann zum Hohen Tanz auf und Alt und Jung tummelten sich in der weiten Halle. Das war wirklich wieder ein Ehrenias für den Worms.

Letzter Aufruf!

Arbeiterpartei, Genossen von Durlach, Karlsruhe und Umgebung! Beteiligt Euch reiflos an dem Aufruf zum „Tag der Arbeit“ morgen Sonntag in Durlach, Amstich 1 Uhr in Durlach am Karlsruher Hof. Heute abend Fackelzug durch die Straßen der Stadt nach dem Turmgebietsplatz. Sonnenwendfeier.

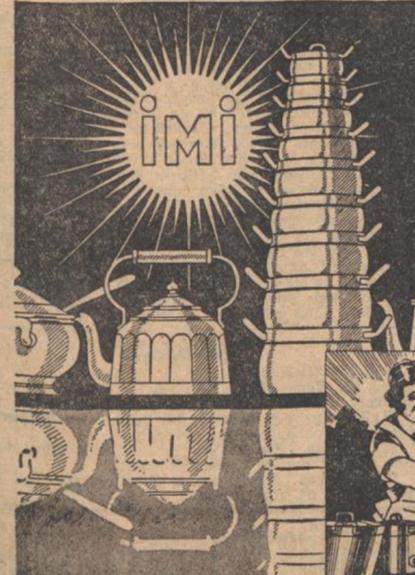
Die Arbeiter-Samariterkolonne Karlsruhe beteiligt sich beim Umzug in Durlach, Treffpunkt aller dienstfreien Samariterinnen und Samariter in Uniform zur Begehung des Bundes am Sonntag mittag halb 1 Uhr am Durlacher Tor. — Montag abend Kolonnen-Verammlung, halb 8 Uhr, im Sanderbauersaal der Bebelstraße.

Parteiengenossen und Parteigenossen

Wir machen nochmals auf den „Tag der Arbeit“ aufmerksam und bitten euch: Beteiligt euch mit euren Familienangehörigen vollständig an den verschiedenen Veranstaltungen. Es muß eine wichtige Demonstration für den Arbeiterpartei und seine Kulturorganisationen werden. Steht euch nicht an den Straßenrand und an die Häuserreden, wie die Kleinlichen und Müllern, sondern marschiert in Reih und Glied mit beim Fackelzug und beim Demonstrationszug. (Siehe Anzeiger in der gestrigen Nummer und Anschlag an den Plakatwänden.)

Sozialdemokratische Rathausfraktion. Heute, Samstag, und morgen Sonntag veranstaltet das Arbeiterpartei und Kulturpartei den „Tag der Arbeit“. Wir bitten unsere Fraktionsmitglieder, sich reiflos zu beteiligen. In dem morgen mittag stattfindenden Festzug beteiligt sich die Fraktion als geschlossene Gruppe hinter der Fahnenführung. Die Teilnahme am Festzug ist Ehrenpflicht. — Vortragsabend: Am nächsten Mittwoch, 24. d. Mts., abends 8 Uhr, im Rathaus. Stellungnahme zum Boranschlag.

(*) Aus der Bewegung der Arbeiter-Abstinenzanten. Der Arbeiter-Abstinenzantenbund veranstaltet am Dienstag, den 23. d. Mts., abends 8 Uhr, in Durlach, im Vortragsaal der Vestingsschule (ehem. Kaserne) einen Lichtbildvortrag mit dem Thema: „Das ganze Jahr über Mof“. Als guter und sachkundiger Redner ist Herr Gerdon, Geschäftsführer des Landesauschusses für armenlose Frühherverwertung bestellt. Die Behandlung dieses Themas in einem öffentlichen Vortrag ist besonders zur gegenwärtigen Zeit der Not angebracht. Große Mengen des kostbaren Obstes werden alljährlich der Veräuerung ausgeliefert und Herdurst bis auf einen ungenügenden Rest ihrer nährstoffreichen Nährstoffe veratet. Eine derartige Veräuerung kann sich die Arbeiterbevölkerung nicht leisten. Durch diesen Vortrag wird Aufklärung darüber gegeben, auf welche einfache Art auch im Haushalt die in den Obststücken enthaltenen Nährstoffe unvergoren erhalten bleiben. Partei- und Gemeindegliedern werden daher dringend ersucht, zahlreich zu erscheinen.



Wenn das Geschirr blitzsauber strahlt,

wenn Pfannen, Töpfe und Tiegel in appetitlicher Reinheit glänzen — dann weiß man; hier wird mit Liebe geschafft, hier schaltet die Hand einer tüchtigen Hausfrau, hier schmeckt das Essen!

Und so einfach ist es:

IMI, der unvergleichliche Küchenhelfer, übernimmt es, alle Geister der Unsauberkeit zu verjagen. Im Handumdrehen, in der halben Zeit wie sonst, ist das Geschirr blitzsauber, geruchlos, und alles blitzt wie neu!

Ein Eßlöffel **IMI** auf einen Eimer heißes Wasser, eine Ausgabe von nur gut 1 Pfennig, verschafft Ihnen das. Deshalb gehört **IMI** in jede Küche!

IMI das Mädchen für alles!

IMI Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel für Haus- und Küchengerät. Hergestellt in den Persilwerken.



Gewerkschaftsbewegung

Tagung der Postbeamten

Der Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten im Oberpostdirektionsbezirk Karlsruhe hielt am Sonntag, den 14. Juni, in Karlsruhe seinen diesjährigen Bezirkstag ab. Neben der Oberpostdirektion, die durch den Personalchef, Postrat Knebel, vertreten war, nahmen an der Tagung der Vorsitzende des Landesstellens Baden des Deutschen Beamtenbundes, Böhlinger, vom Verbandsschiedsamt Vogel und Klotz, sowie Vertreter von den Nachbarbezirken Konstanz, Stuttgart, Darmstadt, Frankfurt und der Pfalz teil. — In seiner Eröffnungsansprache wies der Vorsitzende, Böhlinger, auf die Schwere und den Ernst der Zeit, sowie auf die durch die Notverordnung vom 5. Juni für die unteren und mittleren Beamten geschaffene unerträgliche Lage hin. Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß für die Beamten des unteren und mittleren Dienstes bei der Deutschen Reichspost sich die Verhältnisse trotz aller Bemühungen der Organisation auf allen Gebieten, besonders aber in wirtschaftlicher Beziehung, weiter verschlechtert haben. In der Usp r a c h e wurde sehr scharf die immer noch weitere Einschränkung des Betriebspersonals durch Zusammenlegung von Dienststellen und Rationalisierung verurteilt. Wie nicht anders zu erwarten war, gaben die Vertreter in erregten Ausführungen der Stimmung der Mitglieder in den unteren Beoludungsgruppen Ausdruck. Die den unteren Beoludungsgruppen in den Ortsklassen B-D und den kriegsbeschädigten Beamten durch die Notverordnung bedingten Kürzungen ihres Einkommens, stellen nicht nur ein Unrecht dar, sondern sind für diese Beamten unerträglich.

Eine einstimmig angenommene Entschließung wendet sich mit Entrüstung gegen den zweiten Teil der von der Reichsregierung erlassenen 2. Notverordnung vom 5. Juni, der weitere Gehaltskürzungen, Kürzung der Renten und des Kinderzuschlags vorsteht, wobei u. a. erklärt wird: Dieser zweite Teil der Notverordnung, der alle Grundzüge sozialer Gerechtigkeit außer acht läßt, stellt nicht nur eine Sonderbelastung der Beamten schlechthin dar, sondern ist in seinem Ausmaß und in der Auswirkung für die Beamten der unteren Beoludungsgruppen geradezu katastrophal und untragbar. Die niedrigen Einkommensverhältnisse in den unteren Gruppen lassen eine weitere Kürzung ihrer Bezüge nicht mehr zu. Völlig untragbar ist der um 1 v. H. höhere Strafzuschlag für die Beamten in den Ortsklassen B-D, ebenso untragbar ist aber auch die Kürzung des Kinderzuschlags für das erste Kind um die Hälfte. Es ist offensichtlich, daß die Regierung vor den Kräften fakturiert hat, die seit langer Zeit auf eine Kürzung der Gehälter und den Zugriff auf die Sozialzulagen der Beamten hinarbeitet haben. Willst du der Reichsregierung wäre es gewesen, zur Tragung der Lasten in erster Linie und zunächst die leistungsfähigen Schichten heranzuziehen, anstatt wie es durch die Notverordnung geschieht, einseitig, Wohlfaßrisempfindiger, Kriegsbeschädigten, den geringen Beoludeten Beamten, Angestellten und Arbeitern, schwerste Kürzungen ihrer Bezüge auszuwirken und alles was dem Schutze der Lebenshaltung dient, abzubauen. Die Beamten der unteren Beoludungsgruppen haben mit der übrigen Beamtenschaft schon immer und bei jeder Gelegenheit volles Verständnis für die Notlage anderer Volksteile befunden und dabei zum Ausdruck gebracht, daß sie sich allgemeinen Hilfsmaßnahmen zur Beseitigung öffentlicher Notstände nicht verschließen. Einmütig und geschlossen wehren wir uns aber gegen jede Sonderbelastung und gegen Belastungen, die den Beamten der unteren Beoludungsgruppen die Lebensmöglichkeiten nehmen. Der Bezirkstag erhebt scharfen Protest, insoweit gegen die Gehaltskürzungen, wie sie den unteren Beoludungsgruppen durch die Notverordnung vom 5. Juni auferlegt werden, als auch gegen die Rentenkürzungen der Kriegsbeschädigten und den Zugriff auf die Sozialzulagen. Der Bezirkstag fordert vom DVB, dem wir uns volles Vertrauen befunden, daß sofort alle Maßnahmen ergriffen werden, die geeignet sind, diese für die unteren Gruppen unerträglichen Lasten schnellstens zu beseitigen. Der Reichsregierung und allen Verantwortlichen im Staat sei gesagt, die Beamtenschaft der unteren Beoludungsgruppen hat eine Verzweilungseinstimmung erfaßt, die, wenn nicht schnellstens Abhilfe geschaffen wird, sich unheilvoll für Volk und Staat auswirken muß.

Im Rahmen des Bezirkstages wurde der Verbandssitz des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten in den Reichsdienstleistungen vorgeführt.

Der langjährige Vorsitzende, Herr Waldeker, wurde unter lebhafter Zustimmung der Teilnehmer einstimmig wiedergewählt.

Ein neuer Mantelarifvertrag im Handelskammerbezirk Karlsruhe

23. Karlsruhe, 18. Juni. Die Verhandlungen über die Neuverhandlung des am 31. März ds. Js. außer Kraft getretenen Mantelarifvertrages für den Handelskammerbezirk Karlsruhe sind beendet. Gehaltskürzungen kommen nicht in Frage. Unter anderem wurde der Urlaub wie folgt geregelt: Verlinde im 1. und 2. Lebensjahre erhalten 5, im 3. Lebensjahre 6 Arbeitstage; Angestellte bis zum 21. Lebensjahre erhalten 7, bis zum 25. Lebensjahre 8, bis zum 28. Lebensjahre 10, bis zum 32. Lebensjahre 12, über dem 32. Lebensjahre 14 Arbeitstage Urlaub. Angestellte, die länger als 5 Dienstjahre im Betriebe tätig sind, erhalten einen Zurlaub von 2 Tagen. Angestellte, die mehr als 10 Dienstjahre in einer Firma zurückgelegt haben, erhalten 3 Arbeitstage Zurlaub.

Ist das ein Arbeiterparadies?

Als Beispiel, wie stark der Mangel an Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen in Sowjetrußland ist, sendet uns ein Arbeiter, der mehrere Jahre in Rußland war, an Hand neuester Materials folgende Mitteilungen:

Vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und dem Zentralfiskus wurde eine Verordnung herausgegeben, die die Umgestaltung des Genossenschaftsbandels zum Ziel hat; unterschrieben ist die Verordnung von Molotow, dem Sekretär des ZK, der Kommunistischen Partei, und Selenski, dem Vorsitzenden des Zentralfiskus.

In den Betrieben wirkt sich das folgendermaßen aus: Die Molot Post vom 18. Mai 1931 schreibt darüber:

„Das Fabrikkomitee der Kooperativität von der Landwirtschaftlichen Maschinenfabrik hat seine Lebensmittelverteilung differenziert. Der Verkauf von Waren hängt ab von der Erfüllung des Produktionsplanes der einen oder anderen Zeche oder einzelner Arbeiter. So in Stoschen wurden auf sechs Arbeiter ein Kleid verteilt und in anderen Zechen (die den Plan nicht erfüllen) auf zehn Arbeiter ein Kleid. Galanterie bekamen die Arbeiter von Stoschen für 6,40 Rubel, in einfachen für 2,60 Rubel. Es gibt Zechen, welche jeden Tag Mittagessen mit Fleisch haben und andere, welche im Monat nur sechsmal Fleisch zum Mittagessen bekommen.“

Weiter heißt es in der Molot: „Im Kremendemeson-Schacht (Donbass) hat das Komitee der Kooperativität durch die Lebensmittelverteilung und das Gefährlichkeitswesen neue sozialistische Arbeitsformen eingeführt. Im Restaurant sind besondere Tische für Arbeiter, die den Arbeitsplan erfüllen, und diese bekommen besseres und billigeres Mittagessen. Solche

Arbeiter, die den Arbeitsplan erfüllen, bekommen außer den Produkten, die ihnen auf Marken zustehen, darüber hinaus, außerdem Industriewaren.“

Diese Form der Lebensmittelverteilung nennt der Molot Klassenverteilung. Es gibt so eine Klassenverteilung zwischen Arbeitern, die ihren Arbeitsplan erfüllen, und solchen, die ihn nicht erfüllen, wofür sie es am Essen spüren müssen. Und so etwas nennt man neue „sozialistische Arbeitsformen“.

Die freigewerkschaftlichen Bankangestellten Berlins haben in einer stark beachteten Versammlung zur Notverordnung Stellung genommen. Ihr Protest lautet im wesentlichen: Die Notverordnung verleiht die wichtigsten in der Reichsregierung verankerten sozialen Grundrechte der Arbeitnehmerschaft, Tarifrecht und Arbeitslosenrente, sie enthält geradezu unerhörte Einriffe in die Sozialversicherung, sie sieht eine völlig untragbare antisoziale Staffelung der Kriterien vor, sie wirkt wie eine direkte Aufforderung an das private Unternehmertum zur weiteren Senkung der Löhne und Gehälter, sie enthält keinerlei Vorbehalte am Verbot sowie an den großen Pensionen der ehemaligen hohen Militärs und der hohen Ministerial- und Verwaltungsbürokratie.

Der Lohnrat für den obersteilischen Steinkohlenbergbau, der erstmalig am 15. Juni gefälligst werden konnte, ist nach mehrwöchigen Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Gewerkschaftsbund, wie vom Verband der Bergbauarbeiter Deutschlands mitgeteilt wird, bis zum 30. September 1931 in Paris zu Stande gekommen. Der Vertrag kann erstmalig am 1. Oktober mit 14-tägiger Frist gefälligst werden.

Die Metallarbeiterverbände der Nordmark verlangen in einem an den Arbeitgeberverband gerichteten Schreiben, daß in den Mitte Juni stattfindenden Lohnverhandlungen auch die Arbeitslosigkeit neu geregelt wird. Für den Fall, daß die Unternehmer diese Forderung ablehnen, haben sie das Schreiben der Metallarbeiterverbände als Bindungsabsicht für das am 30. September abzulaufende Abkommen zu betrachten.

Der freigewerkschaftliche Bund der Gefängnis-, Straf- und Erziehungsanstaltsbeamten hielt dieser Tage in Berlin seine Generalsammlung ab. Der Verbandsvorsitzende Sornia ist energisch in seinen Darlegungen über den Strafstoß, besonders die Bedeutung der Personalfrage. Ein moderner Strafstoß ist nicht möglich ohne ausreichende Aus- und Fortbildung des Personals. Die einjährige Ausbildung, die immer noch nicht erreicht ist, müßte endlich einmal kommen. Ohne Qualitätspersonal müßte die beste Verordnung über den Strafstoß nichts. Der Strafstoß in seinen vom 7. Juli 1929 sei von den Beamten begrüßt worden, weil er einen großen sittlichen Wert habe. Vor allem ist die Trennung der Gefangenen entsprechend der Schwere ihres Verbrechens und ihrer Charaktereigenschaft notwendig gewesen, denn ohne ein solches Trennung sei ein besserer Strafstoß nicht möglich zu machen. Allen nach wie vor hängt alles noch einem Mangel an den Strafanstalten sei nicht länger zu ertragen. Seit 1924 seien trotz des Anwachsens der Aufgaben durch neuen Strafstoß etwa 34 Prozent der Beamten abgebaut worden. Das sei ein unzulässiger Zustand. In der Aussprache wurde an der Personalfrage in den Strafanstalten scharfe Kritik geübt. In vielen Beispielen aus der Praxis wurde dargelegt, daß auch hier wieder einmal am fälligen Geld gespart wird, da der Abbau sich bereits zu einer Gefahr für den Strafstoß wie zu einer Behinderung der Strafstoßausbeamten an Leben und Gesundheit infiziert hat.

Der Stundenlohn in der Feuerfestindustrie des Mittelrheins wurde durch einen Schiedspruch auf 83 Pf. und der Nord-Grundlohn auf 70 Pfennig festgelegt.

RUNDFUNK

Sonntag, 21. Juni: 7 Uhr: Hamburger Lokalfunk. 8 Uhr: Morgenabdmittl. 8.20 Uhr: Morgenabdmittl. 10.15 Uhr: Radiohölische Morgenfeier. 11 Uhr: Friedrich-Erber-Gedächtnisfeier. 11.30 Uhr: Sonntag. 12 Uhr: Musik für Kinder zu vier Händen. 12.30 Uhr: Unterhaltungsstunde. 13 Uhr: Kleines Kapitel der Zeit. 13.15 Uhr: Schallplatten. 14.30 Uhr: Gorgesang. 15 Uhr: Stunde der Jugend. 16 Uhr: Nachmittagskonzert. 17.30 Uhr: Unterhaltungsstunde. 18.15 Uhr: Karl sein Wahl liegt aus eigenen Werken. 18.40 Uhr: Englische Dichtung und Pieder. 19.10 Uhr: Sportbericht. 19.25 Uhr: Sonntag. 19.40 Uhr: Konzert. 21.40 Uhr: Alte Tanzmusik. 22.40 Uhr: Sportbericht. 23 Uhr: Tanzmusik.

Montag, 22. Juni: 5.55 Uhr: Morgenabdmittl. 10, 12.20 und 13.30 Uhr: Schallplatten. 11 Uhr: Paktat. 16.00 Uhr: Blumenstunde. 16.30 Uhr: Konzert. 18.06 Uhr: Moderne Förderhaltung usw. 18.33 Uhr: Sonntag. Die Zeit der Grenzländer. 19.30 Uhr: Paktat des St. Radobereins für die Auswanderer nach Lieberke. 19.15 Uhr: Anekdoten. 19.30 Uhr: Mozartkonzert. 21.45 Uhr: Unterhaltungsstunde. 22.50 Uhr: Unterhaltungsstunde.

Mittwoch, 24. Juni: 5.55 Uhr: Morgenabdmittl. 10, 12.20 und 13.30 Uhr: Schallplattenkonzert. 15.30 Uhr: Frauenstunde. 16 Uhr: Radiohölische Feier. 16.30 Uhr: Die Zimmerer. 18.45 Uhr: Die Zeit der Grenzländer. 19.15 Uhr: Die Empfindungsverbände nach Durchführung des Großenerbaus. 19.15 Uhr: Die bellige Hildegarde von Wingen. 19.45 Uhr: Die Mutter des Mörders. 20 Uhr: Gurre-Lieder. 21 Uhr: Unterhaltungsstunde. 22 Uhr: Regio Spiritus.

Donnerstag, 25. Juni: 5.55 Uhr: Morgenabdmittl. 10, 12.20 und 13.30 Uhr: Schallplatten. 14.30 Uhr: Deutsch für Ausländer. 15.30 Uhr: Stunde der Jugend. 16.20 Uhr: Paktat des Schallplattenkonzert. 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 18.15 Uhr: Selbstverwaltungsfragen. 18.45 Uhr: Das moderne Ausstattungsweisen und der Weltbau. 19.15 Uhr: Unterhaltungsstunde. 20.30 Uhr: Der fremde Wollant. 21.30 Uhr: Kompositionabend. 22.50 Uhr: Morgenabdmittl. 10, 12.20 und 13.30 Uhr: Freitag, 26. Juni: 5.55 Uhr: Morgenabdmittl. 10, 12.20 und 13.30 Uhr: Schallplatten. 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 18.15 Uhr: Englische Dialektmärchen. 18.45 Uhr: Gedächtnisfeier zum 25. Todestag des Philosophen R. Schlegel. 19.15 Uhr: Anekdoten. 19.45 Uhr: Unterhaltungsstunde. 20.25 Uhr: Italienische Volkslieder. 20.55 Uhr: Sportbericht. 22.50 Uhr: Tanzmusik.

Samstag, 27. Juni: 5.55 Uhr: Morgenabdmittl. 10 Uhr: Schallplatten. 12.20 und 13.30 Uhr: Schallplattenkonzert. 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 18.15 Uhr: Berufsständiger Sonntag. 19.45 Uhr: Stunde der Arbeit. 19.45 Uhr: Schallplattenkonzert. 20.50 Uhr: Soldatenlieder aus dem Weltkrieg. 21.30 Uhr: Musikstunde. 22.50 Uhr: Tanzmusik.

Verantwortlich: Georg Schöpslin. Verantwortlich: Wolff, Postfach Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten, ferner i. V.: Gewerkschaftliches, Feuilleton und Aus der Partei: E. Grünbaum; Groß-Karlsruhe, Gemeindepollit, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendpost, Heimat und Wandern, Briefkasten, ferner i. V.: A. Kette, Badische Chronik, Aus Mittelbaden, Durand, Gertrud; Josef Eisele, Verantwortlich für den Anzeigenzettel; Gustav Krüger, Eamiliche Wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe.

Nachbäckerverbot und Brotpreis

Uns wird geschrieben: Die Infolge der Erhöhung der Getreide- und Mehlpreise in fast allen Städten eingetretene Erhöhung des Brotpreises hat erneut die Frage des Nachbäckerverbotes aufgeworfen. Von Interessententeilen wird behauptet, daß das Nachbäckerverbot das Brot wesentlich verteuere. Besonders die Brotfabrikanten erklären, daß wenn sie in 3 Schichten arbeiten könnten — also auch des Nachts — sich das Brot wesentlich billiger stellen würde.

Wie der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter in einer Presseerklärung nachweist, treffen alle diese Behauptungen nicht zu. Das Brot wird noch zu etwa 92 Prozent in Kleinbäckereien hergestellt. Die Gesamtproduktion an Backwaren betrug im Jahre 1928 etwa 2860 Millionen Reichsmark. Die Brotfabriken und Konsumbäckereien sind am Gesamtwarenumsatz mit etwa 312 Millionen Reichsmark — 11,6 Prozent — beteiligt. Die Großbrotproduktion beträgt in diesen Betrieben nur 65 Prozent der Backwarenproduktion. Der Rest entfällt auf Weißbäckerei, Konditorei und sonstige Nebenabteilungen (Zwieback, Reis, Nudel, Kantiermehlabfabrikation). Die Betriebe, die für einen Dreifachbetrieb in Frage kommen, sind mit rund 190 Millionen Reichsmark an der Gesamtproduktion beteiligt, an der Großbrotproduktion sogar nur mit 4,9 Prozent.

In Deutschland sind etwa 600 Konsumereinsbrotbäckereien und Brotfabriken vorhanden. Von diesen Betrieben kommen für einen Dreifachbetrieb jedoch nur 81 Betriebe in Frage. Alle anderen Betriebe beschäftigen weniger als 20 Arbeiter beim Backwarenprozess, die nach dem heutigen Stand der technischen Einrichtungen notwendig sind, um rationell arbeiten zu können. Bei weniger Personen würde ein größerer Leerlauf eintreten, als heute durch die abschließende Nachtruhe.

Von einer Verteuerung des Brotes durch das Nachbäckerverbot kann keine Rede sein. Der Lohnanteil bei einem Brot beträgt 6-7 Prozent einschließlich Brennstoffverbrauch; Kraft, Reparaturen, Miete, Zinsen und Amortisation betragen im Durchschnitt der Gesamtherstellungskosten 15,01 Prozent des Brotpreises. Bei einem Durchschnittsbrotpreis von 38,8 Pf. pro Kilo Brot, wie er vor der Erhöhung bestand, entfallen 5,84 Pf. auf Herstellungskosten. Damit dürfte die Behauptung entfallen sein, daß durch die Aufhebung des Nachbäckerverbotes der Brotpreis um 4-7 Pf. gesenkt werden kann. Nach den Angaben der Brotfabriken soll durch das Nachbäckerverbot eine Verteuerung von durchschnittlich 5 Prozent eintreten.

Diese Verteuerung könnte nur in den Unkostenfassen liegen, die durch das Nachbäckerverbot beeinflusst werden sollen und diese sind: angeblicher Mehrverbrauch an Kohlen, geringerer Metallanteil, weniger Zinsen und Amortisation für Ofen, Gebäude und Maschinen Brennstoff, Miete, Zinsen und Amortisation machen im Durchschnitt 4,97 Prozent des Brotpreises aus, oder per Kilo 1,93 Pf. Würden also durch Zulassung der Nachtruhe diese Unkostenfasse um 5 in sich selbst 10 Prozent herabgedrückt werden können, dann würde dies, gemessen je nach Gehalt der Brote an 8 bzw. 4 Broten eine Ersparnis von einem Pfennig ausmachen. Diese Ersparnis würde eine Mehrtransgabe für Licht und Nachtzulage für Lohn wieder aufheben.

Zu dieser Erkenntnis kam auch der Sachverständige C. E. (Arbeitgeber) vor dem Ausschuss zur Untersuchung der Erzeugung und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (3. Unterausschuss, 9. Arbeitsgruppe, Handel), der dort ausführte:

„Wenn die Bäcker über die Nachtruhe als Nacharbeit bezahlt haben wollten, würde der Gewinn wieder verloren gehen.“

Das wegen des Nachbäckerverbotes kein schmackhaftes Roggenbrot hergestellt werden kann, da die Zeit zu einer ordnungsgemäßen Sauerteigführung zu kurz sei, kann nur von einem Kleinbäckermann behauptet werden. Der Sauerteig hat 8 Stunden Zeit zur Gärung, die voll ausreicht. Wenn die Qualität des Brotes nachgelassen hat, so liegt das an den zu verarbeitenden Rohstoffen. Heute wird ausschließlich deutsches Getreide verarbeitet. Eine Mischung mit guten und trockenen Mehlereihen ausländischen Mehles ist auf Grund des Preisrückganges und des Verhältnismäßigens inländischer Getreide nicht möglich. Darunter hat auch die Qualität des Brotes leiden müssen. Will der Kunst des Bäckers oder dem Nachbäckerverbot das dieses nichts zu tun.

Es trifft auch nicht zu, daß die Großbetriebe in ihrer Entwicklung gehindert sind. Feststeht, daß die heutigen Betriebsanlagen nicht annähernd ausgenutzt werden. In den 81 Betrieben, die für einen Dreifachbetrieb in Frage kommen könnten, stehen 1296 Bäckofen, davon liegen 50 Ofen vollständig still, außerdem 33 Ofen teilweise, davon liegen 50 Ofen in der Reparatur. Der Auslastungsgrad beträgt nur 40 Prozent. Bei der Unterlegung der Zahl der Beschäftigten ergibt sich das gleiche Bild. In den Betrieben, die regelmäßig in zwei Schichten arbeiten, von morgens 5 Uhr bis 13 Uhr und von 13 Uhr bis 21 Uhr, werden in der ersten Schicht 1882 Personen und in der zweiten Schicht 731 Personen beschäftigt. Die Betriebe, die in einer Schicht arbeiten, beschäftigen vornehmlich 1637 Personen und nachmittags werden 288 Personen mit Aufzählungsarbeiten und Vorbereitungsarbeiten für den nächsten Tag beschäftigt. Die Betriebe könnten also heute im Zweifelschichtbetrieb fast das Doppelte ihrer Produktion herstellen. Für eine dritte Schicht wäre eine Unmöglichkeit überhaupt nicht mehr vorhanden. Daher erklären auch die tüchtigsten Leiter der Bäckereibetriebe fast einmütig: Die Freigabe würde eine Verlegung der Arbeitszeit in die Nachtzeit bedeuten, dafür würden die Betriebe am Tage still stehen.

4238 Personen sind in den Betrieben beschäftigt, die für einen Dreifachbetrieb in Frage kommen könnten. Sie würden dann jede 3. Woche arbeiten müssen. Würde den Großbetrieben die Nacharbeit zugestanden, könnte sie den Kleinbetrieben nicht vorbehalten werden, weil eine technische Möglichkeit zur Kontrolle dieser Betriebe gar nicht gegeben ist. Es gebe keine Regelung, die in der Lage wäre, zu verhindern, daß die Kleinbetriebe sich das selbe Recht nehmen würden, das den Großbetrieben zugestanden wird. Selbst unter Aufwendung großer Mittel würde sich eine Kontrolle der hunderttausend Kleinbetriebe nicht durchführen lassen. Jede Lockerung des Nachbäckerverbotes, jedes Nachbäckerverbot an eine kleine Zahl von Betrieben, muß das Nachbäckerverbot in Gefahr bringen. Fortfall des Nachbäckerverbotes in den Bäckereien würde 250 000 Menschen dazu verleiten, Nachtruhe zu arbeiten zu müssen. Diese 250 000 Menschen müßten auf jeden Kulturverstand verzichten und würden dazu verleitet, ihren Lebens als ständige Nacharbeiter fristen zu müssen. Wer heute noch behaupten will, daß durch Aufhebung des Nachbäckerverbotes eine Verschärfung des Brotes eintreten könnte, tut das gegen besseres Wissen. Alle die hygienischen und sozialen Missetaten, die in der Brotbackerei bestanden haben, würden wieder als Folge der Nacharbeit in die Erscheinung treten und wir zweifeln, ob die Bevölkerung diese Missetaten wieder in Kauf nehmen wird bei der Herstellung ihres wichtigsten Nahrungsmittels.

Auskünfte

3. P. Biedelsheim. Infolge der Umstellung auf die Säbe auf Grund der Notverordnung löst sich der Vertrag noch nicht genau berechnen. Er dürfte etwa 10 A. betragen.

M. Fr. Das Arbeitsamt ist für Leistung der Versicherungsbeiträge in diesem Falle nicht verpflichtet.

S. Dvnan. Sie erhalten Auskunft vom Arbeitersekretariat.

3. Dierckh. Ludwig Reffen, Redakteur von Volk und Welt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Carl August Nielsen & Co. Kohlenhandels-gesellschaft Kaiserstraße 148, II. Kohlen Koks Briketts Brennholz
Telef. Nr. 5164, 5165, 5506

SA-Terror in Braunschweig

Was gedenkt Reichsinnenminister Wirth zu tun? Dem Berliner Tageblatt wird aus Braunschweig gemeldet: Die nationalsozialistischen Terrorakte und Ausschreitungen im Lande Braunschweig werden — unter der wohlwollenden Duldung durch Franzens Polizeibehörde — von Tag zu Tag unerträglich. In den letzten Wochen verging kaum ein Tag, an dem sich nicht planmäßig organisierte Ueberfälle der SA-Kreuzer auf die republikanische Bevölkerung ereigneten.

Alle bisherigen Ueberfälle werden übertrieben durch die beispiellosen Vorfälle, die jetzt aus dem Kreise Gandersheim, im Westen des Landes Braunschweig, gemeldet werden. In Gandersheim besteht eine sozialdemokratische Mehrheit, die die Nationalsozialisten, unter Führung des nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Schneider, mit aller Macht brechen wollen. Ein Aufmarsch der SA ist den andern ab.

Bei der letzten Demonstration im Kreise Gandersheim wurden verschiedene Ortschaften heimgesucht. Der kirchliche Segen, erteilt von dem Pastor Eilers in der Kirche zu Grentze, bildete den Auftakt. Dann zogen die SA-Leute in dem Ort Opperhausen über Andersensende her. Ein Trupp von 50 Mann schlug mit Säulen, Keulen, Schlagstöcken und Koppeln jugendliche Arbeiter nieder. Zwei von ihnen wurden schwer verletzt in einen Fluss geworfen und beim Aufschwimmen weiter geschlagen. Sie liegen schwer darnieder. Die Nationalsozialisten räumten mit offenen Messern durch die Ortschaft, deren Gemeindevorsteher vorher vergeblich um polizeilichen Schutz ersucht hatte. Die Landesschulbehörde hätte abgelehnt, es würde schon alles ruhe verlaufen. Bis heute sind keinerlei Verhandlungen vorgenommen.

Der friedliebenden Bevölkerung des Landes Braunschweig hat sich angehört der zahlreichen und immer brutaleren Ausschreitungen der SA-Kreuzer eine große Empörung bemächtigt. Das Gefühl der Schutzlosigkeit wird noch verstärkt durch das passive Verhalten der Reichsregierung, der zahlreiche, einsehend begründete Beschwerden über die ungesetzlichen Zustände im Kreise des Herrn Franzens ausgegangen sind, ohne daß daraufhin etwas geschehen wäre.

Es muß, so schreibt mit Recht das Berliner Tageblatt, angeht dieser Meldungen, die sich tatsächlich in der letzten Zeit in erschreckendem Maße gehäuft haben, als dringende Forderung erscheinen, daß die verantwortlichen Stellen im Reich ihre passive Haltung gegen die Terrorpolitik der SA-Kreuzer in Braunschweig aufgeben, die selbstverständlich nicht möglich wäre, wenn sie nicht geduldet oder gefördert würde durch den nationalsozialistischen Polizeiminister Franzens.

Deutsche Ueberseeauswanderung

Rückgang infolge verschärfter Einwanderungsbestimmungen

Nach der im Nachrichtenblatt der Reichsstelle für das Auswanderungswesen veröffentlichten Darstellung aus der Zeitschrift Wirtschaft und Statistik haben im Kalenderjahr 1930 nach den vorläufigen Ergebnissen 37 085 Deutsche die Heimat mit überseeischen Passpässen verlassen. Unter der Gesamtzahl waren 19 816 oder 53,4 v. H. männlich und 17 269 oder 46,6 v. H. weiblichen Geschlechts. Einrückstellung der Auswanderung Deutscher über Antwerpen dürften im Jahre 1930 rund 37 300 Deutsche nach überseeischen Ländern ausgewandert sein. Gegenüber den Vorjahren sind ausgemindert:

im Jahre	Personen	Abnahme gegen das Vorjahr	absolut	v. H.
1927	61 279	3 901	6,0	
1928	57 241	4 188	6,7	
1929	48 734	8 507	14,9	
1930	rd. 37 300	rd. 11 430	23,5	

Die Hauptursache für den fortgeschrittenen Rückgang der überseeischen Auswanderungswahlen liegt weniger in einem Nachlassen des Auswanderungsdranges, als vielmehr in den immer mehr verschärften Einwanderungsbestimmungen der Hauptauswanderungsländer, vor allem der Vereinigten Staaten von Amerika, Argentiniens, Brasiliens und Kanadas. So haben die Vereinigten Staaten

zum Schutze des einheimischen Arbeitsmarktes nach neuesten Meldungen das Kontingent aller zur Einwanderung zugelassenen Staaten für zwei Jahre auf nur 10 v. H. der seit dem Juli 1929 geltenden Quoten herabgesetzt (Deutschlands Quote war auf rund 25 000 Personen festgesetzt), als Folge der von der Arbeiterunion (American Federation of Labor) und anderer Stellen entwickelten Propaganda. Argentinien erhebt ab 1. Januar 1931 für die Visierung der Pässe von Einwanderern durch die Konsulate 33 Goldpesos, das sind rund 129 RM. Brasilien, Kanada und Australien verbieten zeitweise jede Einwanderung. Rußland hat für Deutschland eine Quote von 100 Personen jährlich fest.

Auf die einzelnen Häfen verteilen sich die deutschen Auswanderer in den letzten drei Jahren folgendermaßen:

	1930	1929	1928
Hamburg	14 484	20 482	23 033
Bremen	21 898	26 952	31 698
Danzig	14	19	19
Antwerpen	249	501	743
Rotterdam	134	336	370
Amsterdam	306	354	478

Von der Gesamtzahl der Auswanderer gingen im Jahre 1930 25 078 (67,61 Prozent) nach den Vereinigten Staaten von Amerika, 4575 (12,34 Prozent) nach Britisch-Nordamerika (Kanada), an dritter Stelle stand Argentinien mit 2933 (7,91 Prozent). Der Rest verteilte sich auf andere Länder.

Kleine bad. Chronik

Auto in den Rhein gefahren
Lindenheim, 19. Juni. Gestern morgen um 5 Uhr fuhr ein Auto in den Rhein. Von den beiden Insassen konnte sich der eine nach mühevoller Arbeit aus dem Wasser retten. Während der andere den Tod durch Ertrinken fand.

Schweres Autounfall
Lindenheim, 19. Juni. Schwere Autounfälle. Auf der Landstraße bei Lindenheim kam ein Genschafter Kraftwagen ins Schlingensiefel nach heftiger Wühlung. Der Chauffeur erlitt tödliche Verletzungen, während sein Begleiter mit dem Schrecken davonkam. Die tiefere Ursache des Unfalles bedarf noch der Aufklärung.

Nächtliche Autounfälle — Vier Verletzte
Vadenburg. In der Nacht auf Dienstag fuhr ein Vadenburger mit einem in Reparatur befindlichen Benzowagen nach Schriesheim. Etwa 200 Meter hinter dem Rosenhof rannte das Auto auf noch unaufgeklärte Weise gegen einen Baum, wobei sämtliche Insassen verletzt wurden. Drei von ihnen mußten in das Krankenhaus nach Heidelberg verbracht werden. Der Lenker kam mit einer Handverletzung davon. Das Auto ist schwer beschädigt.

Meingarten, 19. Juni. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Freitagabend gegen 7 Uhr. Das 12jährige Töchterchen des Subwig Buser, welches sich auf der Heimfahrt vom Rischerspfüden befand, fiel plötzlich vom Rad und erlitt einen Schädelbruch. Ein gerade des Wegs kommendes Auto verdrängte die Verunglückte zum nächsten Straß, welcher die Überführung ins Krankenhaus anordnete. Der Zustand der Verletzten ist bedenklich. Den betroffenen Angehörigen wendet sich allgemeine Anteilnahme zu.

Kirchheim bei Heidelberg, Unterlagung beim Kirchheimer Konsumverein. Am Samstag stellte sich der Lagerhalter Heinrich Sattler der Polizei und gab an, 12 000 Mark unterzulegen zu haben. Sattler kam damit seiner Verbindlichkeit zuvor. Wie hoch die Summe der veruntreuten Gelder ist, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen. Man nimmt aber an, daß der Betrag zum großen Teil gedeckt werden kann und den Mitgliedern keine nennenswerten Schäden zu entstehen. Sattler, der der SPD angehört, aber nie eine größere Rolle spielte, wurde sofort ausgeschlossen. Die Kommunisten versuchen nun die Unterlagung der SPD. anzuwenden, die selbstverständlich damit nicht das geringste zu tun hat. Wir wollen aber nicht veräumen, bei dieser Gelegenheit zu betonen, daß gerade einige SPD-Mitglieder nicht nur sehr eifrig im Konsumverein pumpten, sondern es sogar verstanden, von Sattler, dessen Tat wir aufs schärfste verurteilen, betrügerische Darlehen aufzunehmen.

Mannheim, 19. Juni. Eine Mannheimer Touristin abseht kürzt. Beim Abstieg vom Hochstuhl (Allgäu) ist eine Mannheimer Touristin abgestürzt. Eine Rettungsaktion hat die Verunglückte geborgen, sie hat schwere Rückenverletzungen davongetragen.

Freiburg i. B., 19. Juni. Entkommener Eindrehler. Gestern morgen verdeckte sich im Hause der Evangelischen Kirchengemeinde ein Eindrehler, der von einem Bewohner des Hauses entdeckt wurde. Dieser nahm ihn fest, und schloß ihn in seine Wohnung ein. Der Eindrehler bedrohte ihn dabei mit einem Revolver, worauf er freigelassen wurde. Ehe die herbeigerufenen Polizei anlangte, verschwand der Eindrehler im Hofe des Hauses Hofstraße 18. Das Notrufkommando, das dieses Haus sofort mehrfach durchsuchte, konnte den Eindrehler nicht finden. Wahrscheinlich entwich er durch die Auroportage dieses Hauses über die anschließenden Gärten nach Bahnhofs Wehre.

Fünfundzwanzigjähriges Stützungsfest verbunden mit Jahresweibe des Arbeiter-Gesangsvereins „Bruderkreis“ Unterzumbach

Am 20., 21. und 22. Juni ds. Js. begeht obiger Verein sein 25jähriges Jubiläum. Circa 20 auswärtige Brudervereine werden durch ihre Teilnahme Zeugnis ablegen, daß sie ihre kulturelle Aufgabe verstehen. In dem organischen Zusammenhang mit den Beziehungen der modernen Arbeiterbewegung, die auf die geistige und wirtschaftliche Befreiung des werktätigen Volkes abzielen, kommt die kulturelle Mission der Arbeiterlänger zum Ausdruck. Wenn auch die Lebensverhältnisse keine Veranlassung zur Feststimmung

Jugend

SAJ. Weingarten. Bei der Ausstellung des Wochenprogramms ist uns aus Weingarten ein Brief unterlaufen. Wir beteiligen uns natürlich am Sonntag am Tag der Arbeit in Durlach, Abmarsch um 11 Uhr am Drisausgang der Durlacher Straße. Montag, 22. Juni: Sprechprogreß.

Veranstaltungen

Samstag, 20. Juni:
Badisches Landestheater: Der lustige Krieg. 20 Uhr.
Stadtkirche: Nachmittagskonzert. 16—18.30 Uhr.
Gloria-Palast: Glöckchenmelodie. Die Sünde der 18. Nacht.
Kammer-Spieltheater: Wodwieser. Der König der Sentationen.
Palast-Spieltheater: Die Königin der Nacht.
Reichens-Spieltheater: Die Blumenfrau von Lindenau.
Schubert: Hochkapler aus Liebe. Das größte Opfer.
Bad. Kunstverein, Waldstr.: Wasiten- und Gemäldeausstellung usw.
Naturheilverein, Bismarckstr. 41: Familienabend und Borra. 20 Uhr.
National. Bürgeraal: Schülerhauptversammlung. 18 und 23 Uhr.
Durlach: Tag der Arbeit. 21. Juni. 21 Uhr.
Unterzumbach: Bruderkreisabend. 25. Stiftungsfest.

Sonntag, 21. Juni:
Badisches Landestheater: Boris Godunow. 20 Uhr.
Stadtkirche: Konzert. 11—12.15, 16—18.30 und 20—22.30 Uhr.
Gloria-Palast: Glöckchenmelodie. Die Sünde der 18. Nacht.
Kammer-Spieltheater: Wodwieser. Der König der Sentationen.
Palast-Theater: Die Königin einer Nacht.
Reichens-Spieltheater: Die Blumenfrau von Lindenau.
Schubert: Hochkapler aus Liebe. Das größte Opfer.
Bad. Kunstverein, Waldstr.: Wasiten- und Gemäldeausstellung usw.
Geistesheil: Volkstheater. 15 Uhr.
Geistesheil: Volkstheater. 15 Uhr.
Durlach: Tag der Arbeit. 21. Juni. 21 Uhr.
Unterzumbach: Bruderkreisabend. 25. Stiftungsfest.

Partei-Nachrichten

Genosse Stöhrer (Ettlingen) gestorben
Heute nacht ist, wie uns kurz vor Redaktionsschluss mitgeteilt wird, im Alter von erst 49 Jahren Gen. Gemeindevorstand Josef Stöhrer aus Ettlingen gestorben. Schon seit längerer Zeit wurde unser Freund von einem Leiden geplagt, von dem er durch eine Operation Heilung erhoffte. Aber anstatt von der Krankheit befreit zu werden, hat ihn Schnitter Tod bezungen.

Gen. Stöhrer war allezeit ein äußerst tätiger Parteigenosse, der sich um die gesamte sozialistische Arbeiterbewegung überaus große Verdienste erworben hat. Wir werden in der Montagnummer die Tätigkeit unseres nun leider zu früh gestorbenen Freundes näher würdigen.

Handball

Nachdem sich die Mannschaften nach den Strapazen der Serienspiele erholt haben, trat sich der Spielbetrieb jetzt wieder mehr. Für morgen sind folgende Begegnungen angesetzt: Müggendorf — Durlach, 19 Uhr. Durlach I. — Blantendorf I., Durlach II. — Ettlingen I. Der Neuling Weingarten verfehlt sein Spiel mit Blantendorf II. Schließlich haben sich in Durlach auf dem Turnvereinplatz am Sonntag der Tag der Arbeit wieder die Handball-Gründungsgruppen Durlach I. und Karlsruhe Süd I. gegenüber. Dieses Spiel dürfte eine bedeutende Anziehungskraft ausüben.

Badischer Landestheater Karlsruhe

Am Landestheater: Samstag, 20. Juni. Zu neuen Breiten: Der lustige Krieg. Operette von Johann Strauß. 20—22.45 Uhr (3.50). — Sonntag, 21. Juni. * 2. Ab.-Sem. 801—900. Neu einstudiert: Boris Godunow. Musikalisches Volksdrama von Mussorgski. 20—23 Uhr (8.—). — Montag, 22. Juni. * A 28. Ab.-Sem. 1001—1100. Ueber allen Zauber steht. Von Calderon. Freie Neuinszenierung von Ercoli. 20—22.30 Uhr (5.—). — Dienstag, 23. Juni. * B 29. Ab.-Sem. 501—600. Sünden bei Nacht. Lustspiel von Leo Sorel. 20—22 Uhr (5.—). — Mittwoch, 24. Juni. * C 28. Ab.-Sem. 1. S.-Gr. Neu einstudiert: Satome. Drama von Richard Strauß. 20 bis nach 21.30 Uhr (7.—). — Donnerstag, 25. Juni. Außer viele. Aida. Von Verdi. 19.30—22.30 Uhr (7.—). — Freitag, 26. Juni. Volksbühne. Zunftvorstellung. Aida. Von Verdi. 19.30 bis 22.30 Uhr (7.—). Zu dieser Vorstellung sind nur Schloßgarten erhältlich. — Samstag, 27. Juni. Zu neuen Breiten. Der lustige Krieg. Operette von Johann Strauß. 20—22.45 Uhr (3.50). — Sonntag, 28. Juni. Nachmittags: Der Hauptmann von Köpenick. Ein deutsches Märchen von Carl Zuckmayer. 14.30—17.30 Uhr (3.—). — Abends: * C 28. Ab.-Sem. 701 bis 800. Boris Godunow. Musikalisches Volksdrama von Mussorgski. 19.30—22.30 Uhr (8.—). — Im Stadtkirchen Saal: Sonntag, 14. Juni. Keine Vorstellung. — Sonntag, 21. Juni: Keine Vorstellung.

Badisches Landestheater. B. M. Weingartens Volksdrama „Boris Godunow“, das nach dem mit feinsten bissern Erfolge während im Jahre 1927 erzielten Erfolge zum Besten unseres Opernspielfestes gewählt werden darf, geht am Sonntag, den 21. Juni, von Josef Kriss als dem musikalischen und Viktor Brudka als dem jenseitigen Leiter neu einstudiert, zum erstenmal wieder in Szene. Die Titelrolle singt wiederum Franz Schuster, daneben sind beifällig, Hans Haber, Kurt Müllers und Winter, und die Herren Holbach, Kleber, Wier, Kuntz, Obertiefel, Kisch, Schoepflin, Straß und Falke. Fortan steht einwärts die Bühnenbildner, Margarete Schellenberg sorgte für die kostümliche Ausstattung.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe.
FKA. Sonntag nachmittag Fußballwettkampf gegen Weingarten 1. und 2. Mannschaft, Beginn 1 und halb 3 Uhr. 5102
FKA. Jugend. Heute abend 8 Uhr Jugendversammlung im Vereinsheim. Spiele und Lieberbürger mitbringen. 5135
Religiöse Sozialisten. Sonntag, 21. Juni, vormittags 11 Uhr, predigt Gen. Pfarrer Löw in der Stadtkirche, 10.15 Uhr Christenlehre. 5124
Volkshor Karlsruhe-West. Der Männerchor trifft sich morgen Sonntag früh um 10 Uhr im Lokal (letzte Probe). 5134
Naturfreunde. Heute Sonnwendfeier Moosbrunn. Abfahrt mit Auto Alter Bahnhof 20 Uhr. Mitteilnehmer an der Sonnwendfeier beteiligen sich am Tag der Arbeit in Durlach. 5123
Stadtausflug für Arbeitersport und Jugendpflege. Heute und morgen feiert der uns angeschlossene Freie Turn- und Sportverein Durlach an seinem 25jährigen Bestehen. Wir bitten unsere Vereine um weitgehende Unterstützung zu dieser Betriebsanstaltung. 5126
NSD. Kolonne Karlsruhe. Die dienstfreien Mitglieder treffen sich zum Tag der Arbeit in Uniform am Sonntag mittag 12.30 Uhr am Durlacher Tor. Montag abend 7.30 Uhr. Kolonnenversammlung in der Sebelstraße. 5090

ADGB. — Drisausflug Karlsruhe. Achtung Gemerkschaftscollegen und Kolleginnen! Montag, den 22. Juni, abends 6 Uhr, (18 Uhr) wichtige gemerkschaftliche Funktionärerversammlung im oberen Saale des Konzerthalles mit Vortrag von Genosse Minister Dr. Kemmele. Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Deutschlands. 2. Diskussion. Zutritt haben nur Kolleginnen und Kollegen, die sich durch das Parteibuch der SPD legitimieren können. — Ettlingen. Arb.-Gesangerverein Eintracht. Montag abend 8 Uhr, Singstunde.

Aporentages Hypothekentapital. Amerika und Englands Kraft und Wohlstand liegen nicht so sehr in ihren geschäftlichen Banken, Wallstreet und Wallstreet, sondern vor allen Dingen in dem Eigenheimbesitz der wohlhabenden Stände, in Handel, Industrie und Landwirtschaft. In beiden Ländern hat man schon frühzeitig die große kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung der Eigentums- und Wohnfrage erkannt und zu ihrer Lösung auf gemeinschaftsrechtliche und dem Prinzip der Selbsthilfe beruhende, vom übrigen Geld- und Kapitalmarkt unabhängige Zweckgesellschaften ins Leben gerufen. In Deutschland haben sich unter dem Druck der verhältnismäßig ähnlichen Organisationen gebildet, um den Zins- und Kapitalmarkt dieser Zeit wirksam abzugeben. So ist z. B. der in der Rechtsform der Aktiengesellschaft errichtete Kurmärkische Vermögensverwaltung Berlin eine Zweckparade unter der Firma: „Deutsche Heimat“ angelehnt, die sich, neben der Beschaffung von billigem Kapital für Eigenheime, vor allen Dingen in der Hauptsache die Absicht, hochverzinshöher, jederzeit kündbarer Hypotheken durch zinsfreie Tilgungsdarlehen, die den Grundbesitz wieder rentabel gestalten, zum Ziel gesetzt hat. Die Geschäftsstelle der Deutschen Heimat für Baden und die Filiale befindet sich in Heidelberg, Stendelstraße 36. Die Bestimmungen und Satzungen der Zweckparade, Deutsche Heimat entsprechen den Vorschriften des Hausparasensgesetzes vom 30. 3. und 12. 6. 31.

Trinkt das wohlbekannteste und bekannteste vorzügliche **Hoepfner-Pilsner u. Deutsch Porter** Hoepfner-Bräu Karlsruhe

Nur ein **Urteil**
 von seiten meiner Kundschaft:
 „wirklich billig, bei so guten
 Qualitäten“.
 Wir werden täglich neue Artikel
 dazu bringen, um jedem etwas
 zu bieten

Ab heute Samstag, 20. Juni

- Sportblusen 1/2 Arm 2.45
- lachs, blau, weiß
- Beiderwandkleid 2.45
- mit weißem Ripskragen
- Damennesselschürze -.95
- fertig gestickt
- Damenhemd weiß, mit farb. -.95
- eingekurbelter Passe u. gest. Tüpfeln

Burchard

Dantagung
 Für die vielen Beweise aufrichtiger
 Anteilnahme anlässlich des Hinschei-
 dens meiner lieben Frau, unserer
 guten Mutter und Großmutter
Katharina Gräber
 geb. Haubold
 sage ich auf diesem Wege meinen
 innigsten Dank.
 Insbe-sondere danke ich dem Ar-
 beiter-Gesangverein Freiheit Weier-
 heim für den erhabenen Gesang
 sowie der sozialdemokratischen Partei
 und dem Touristenverein „Die Natur-
 freunde“ Weierheim für die zahl-
 reichen Kranzspenden und trö-
 stlichen Abschiedsworte. Ferner danke
 ich allen denjenigen, die der Verstor-
 benen das letzte Geleit gaben. Weinen
 beson-deren Dank nochmals für die zahl-
 reichen Kranz- und Blumenspenden.
 Karlsruhe, den 19. Juni 1931.
 Im Namen der trauernden
 Hinterbliebenen: 1423
Mag Gräber, Werkmister

Zwangs-Versteigerung.
 Montags, den 2. Juni 1931, nachmittags
 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe, im Pfandlokal
 Breitenstraße 43a, gegen bare Zahlung im
 Vollzweckdinge öffentlich versteigern: Eine
 Schneidermähmaschine, 1 Partie Schokolade,
 Bratinnen etc., 1 Kassettenapparat, 2 Rollen Schoner-
 stoffe, 1 Kontrolltasche, 1 Klavier, 1 Schreibtisch,
 1 Divan, 1 Bettstuhl, 3 Bilder, 1 Koffer, 1 Kabin-
 schrank, 1 Kommode, 1 Schrank, 1
 Rollenschrank, 1 Sprechapparat, 1 Ver-
 schränkter, 1 Vertikalenkasten 6 PS (abgebauert).
 Karlsruhe, den 19. Juni 1931. 5113
 Burgmann, Obergerichtsbuchhalter

Künzel's AKA-FLUID Erfrischungs-
 Fluid 5091
 Ein Wohlwörter, wer
 Menschheit. Wirkt
 Wunder bei Ermüdung
 und Erschlaffung der
 Förderer körperlichen
 und geistigen Wohl-
 befindens. Ein Ver-
 such wird Sie über-
 zeugen! Erhältlich in
 Apotheken, Drogerien
 Reformhäusern etc.
 Flaschen zu
 1.-, 2.- und 3.-
 Mark.
 Niederlage bei L. Fiedig, Karlsruhe, Adlerstraße
 Al-einiger Hersteller: Aug. Künzel, Karlsruhe
 Biologisches Laboratorium, Bahnhofstraße 13.

Für Wochentag
 und Ausflug:
**Hart-
 wurst**
 Salami
 Knoblauch-
 wurst
 Cervelatwurst
 Landjäger
 Mettwürste
 in kleinen
 praktischen
 Stücken
 Würstchen
 in Dosen
 bei
BUCHERER
 in sämtlichen
 Filialen

LISSAGARAY
**Der Pariser
 Kommün-
 Aufstand**
 Volksausgabe 2.85
 Zum 60. Jahrestag der Pariser Kommune
 Von Ludwig T. Boller, verantwortliche Stelle
 von Karl und Jenny Wenz über die Kommu-
 nen 1921. 120 Seiten. Walsdorf Verlag, 12, Leipzig

Volksfreund-Buchhandlung
 Waldstraße 28. Fernsprecher 7020/21

1. Bad Wohlfahrts
**GELD
 LOTTERIE**
 ZIEHUNG 4. JULI
**25000
 10000
 8000
 7000**
 LOS 50,- DOPPEL-LOS 1,-
 PORTO u. LISTE 35,-
Stürmer
 MANNHEIM-O-7-71
 POSTSCH. KTO-17243 KfH
 u. alle Verkaufsstellen

Weck
 bedeutend billiger!

 Nur noch 7.50 kostet die kom-
 plette Sterilisier-
 einrichtung Topf, Gläserhalter, Federn,
 Thermometer u. ein kleines Lehrbuch.
 Anerkannte Verkaufsstelle:
HAMMER & HELBLING
 KARLSRUHE 5 89

090 Telegramm
 Deutsche Reichspost Amt Karlsruhe (B)
Telegramm
 An unsere Kunden
**Sams- bis
 Donnerstag**
Reste-Tage
 Ermäßigung bis zur Hälfte des Wertes!
 Reste, ausreichend für Kleider, in
 Seide, Waschseide, Musselin, Anzug-
 stoffe, Weisswaren, Gardinen, Balat-
 tum, Läufertstoffe
W. Boländer
 Kaiserstr. 121

Uhrenhaus Kirschke
 KRIEGSSIR. 70 TELEFON 4180
Gänzliche Geschäftsauflösung
 30, 50-75% Rabatt
 Die Uhren-Abteilung
 wird verkauft. Wir
 Darum eilen Sie!
 sehen die Ware zu jedem beliebigen
 Preis, soweit annehmbar, ab

WANDERER
 An einer Schreibmaschine sparen
 Heißt oftmals arg danebenfahren,
 Dagegen zeigt im Lauf der Zeit
 sich klar der „Conti“ Billigkeit.
CONTINENTAL
 die Weltmarke
 Verkauf durch:
Albert Beierlein
 Continental-Büromaschinen
 Karlsruhe
 Moltkestraße 17 - Telefon 2650

Küche
 naturloziert, bestehen
 aus Büchse, Erdenz,
 Tisch 2 Stühle, 1 Stuhl
 Mt. 185.-
 Möbelhaus 20 7
 Maier Weinheimer
 32 Kronenstraße 32.
 Hochtaunnäherei 481
 Stoffnäherei aller Art
 Tischbrennerei
 Hand- u. Kurbelstreicherei
 Kirchgasse 25
 2 Hinterhaus, 2 Trepp.
 Billige 5096
Kohlenherde.
 Direkt ab Fabrik mit
 Garantie auf Material-
 lang, Austausch und An-
 meldung. Blumenstr. 11
 1. Hof erste Tür rechts.

Salat-Oel
 unter Vorkriegspreisen
 Fst. Tafelöl p. Ltr. 1.20
 Fst. Erdnußöl p. Ltr. -.95
 5% Rabatt 5093
CARL ROTH
 DROGERIE
 TELEFON 6180 6181

Uhrenhaus Kirschke
 KRIEGSSIR. 70 TELEFON 4180
Gänzliche Geschäftsauflösung
 30, 50-75% Rabatt
 Die Uhren-Abteilung
 wird verkauft. Wir
 Darum eilen Sie!
 sehen die Ware zu jedem beliebigen
 Preis, soweit annehmbar, ab

Elektro-Mechaniker gel.
 25 bis 35 R., mit Kenntn. in Hoch- u. Nieder-
 strömung (20.000 u. 3000 V.), Schalt- u. Regul-
 v. Gleichstrom-Netz, Heberlein v. teilel-u. Kolben-
 pumpe, Luftkompr. u. Dampftrieb.
 Bewerb. mit Lebens-u. Heugru-Abgabe, unter
 Nr. 5012 an den Volksfreund

Metzgerei und Wirtschaft
 in guter, aussichtsreicher Lage zu verzeihen
 Angebote unter 6023 an den Volkst. und.

Mietervereinigung Karlsruhe (e. V.)
 Geschäftsstelle nur briefl., Baumstr. 22, 8b, IV.
 Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffe-
 Nowack“, jeden Mittwoch „Unter den Linden“,
 Soko Vorstr. u. Kaiserallee jeweils v. 6-7 Uhr.

**SOMMERZEIT!
 WANDERZEIT!**

 So gehen Sie auf
Rohgummi (Krepp)-Sohlen
 ELASTISCH, DAUERHAFT, ANGENEHM
 Keine durchstechenden Nägel
 Unerlässlich für Kinder und Sport 1251

Salat-Oel
 unter Vorkriegspreisen
 Fst. Tafelöl p. Ltr. 1.20
 Fst. Erdnußöl p. Ltr. -.95
 5% Rabatt 5093
CARL ROTH
 DROGERIE
 TELEFON 6180 6181

Uhrenhaus Kirschke
 KRIEGSSIR. 70 TELEFON 4180
Gänzliche Geschäftsauflösung
 30, 50-75% Rabatt
 Die Uhren-Abteilung
 wird verkauft. Wir
 Darum eilen Sie!
 sehen die Ware zu jedem beliebigen
 Preis, soweit annehmbar, ab

Elektro-Mechaniker gel.
 25 bis 35 R., mit Kenntn. in Hoch- u. Nieder-
 strömung (20.000 u. 3000 V.), Schalt- u. Regul-
 v. Gleichstrom-Netz, Heberlein v. teilel-u. Kolben-
 pumpe, Luftkompr. u. Dampftrieb.
 Bewerb. mit Lebens-u. Heugru-Abgabe, unter
 Nr. 5012 an den Volksfreund

Metzgerei und Wirtschaft
 in guter, aussichtsreicher Lage zu verzeihen
 Angebote unter 6023 an den Volkst. und.

Mietervereinigung Karlsruhe (e. V.)
 Geschäftsstelle nur briefl., Baumstr. 22, 8b, IV.
 Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffe-
 Nowack“, jeden Mittwoch „Unter den Linden“,
 Soko Vorstr. u. Kaiserallee jeweils v. 6-7 Uhr.

Was der **Mittwoch**
 für die **Dame**
 ist der **Samstag**
 für den **Herrn**
Darum Samstag!
 zu **Burchard!**
 Eleganter Binder besonders
 schwere Qualität, moderne Streifen . . . -.95
 Herren-Sporthemd
 mit festem Kragen und Krawatte, unsere
 Reklame-Marko 3.90
 Herren-Socken
 elegant gemustert 2 Paar -.95
Burchard

Der Ident., oder gibt
 billig ab, zwei Erwerb-
 losen einen noch brauch-
 baren Herd zur häusl.
 Niederlegung. Offerten
 unter 1061 an d. Volks-
 freundbüro.

**VEREINS
 DRUCKSACHEN**
 Satzungen
 Mitglieds-
 karten
 Briefbogen
 Kuverts
 Eintrittskarte
 Programme
 Plakate
 Lotterielose
 usw.
 in jeder Aus-
 führung
 liefert sauber
 und billigst in
 kurzer Zeit
 Verlagsdruckerei
Volksfreund & m. b. H.
 Karlsruhe, Waldstr. 28

B.-Badener Anzeigen
 Der Haushaltsplan für das Jahr 1931 betr.
 Der Herr Landeshauptmann hat den vom
 Bürgerausschuß abgelesenen Haushaltsplan
 vom 18. Juni 1931 feigelesen. Nach der Ent-
 scheidung des Herrn Landeshauptmanns werden
 erheben
 a) folgende Gemeindesteuern:
 110 Bfg. von 100 Reichsmark des Steuerwert
 des Grundvermögens,
 48 Bfg. von 100 Reichsmark des Gewerbe-
 ertrags,
 633 Bfg. von 100 Reichsmark des Gewerbe-
 ertrags.
 b) Die Bürgersteuer: Nach Maßgabe der Ver-
 ordnung des Reichspräsidenten vom 26.
 7. 1930 mit einem Aufschlag von 200% zu
 den nach dem badischen Rotteleg vom 20.
 10. 1930 maßgebenden Steuerätzen.
 c) Die Gemeindefürsorge nach Maßgabe der
 heutigen Bekanntmachung.
 d) Die Gemeindegründsteuer nach Maßgabe
 der heutigen Bekanntmachung.
 e) Ein Finanzzuschlag auf das abgegebene
 Wasser nach Maßgabe der befohlenen Be-
 kenntmachung von heute.
 Baden-Baden, den 19. Juni 1931. 5287
 Der Oberbürgermeister.

Wanzen?
 30 Stück neue moderne
 Damen-Strohhaube in
 schwarz, weiß u. allen
 Farben Reithüten Sid
 1. A. Wert bis 12 A
 Gute Strohhüte, schön
 u. weich, auch farb. 20,
 70 S. Herrenstr. 20, 1
 bei Frau Vogel, 5047
 Billig zu verkaufen:
 Standuhr, Sofa, Epie-
 gel, Wanduhr, Weichstom-
 mode, verich. Bettstellen m.
 Aufs. 1. u. 2. 2 türige
 Schränke, Ziegeltisch,
 Tisch, Schreibtisch, Verti-
 chlo, Chaiselongue, Nach-
 tische, 2 gl. Bettstellen,
 neu, Korbmöbelgarni-
 tur, Kommode, Tisch,
 Stühle, alles gut er-
 halten.
 Nieme, Zurlach,
 Reiterstraße 23 5013
Wanzen?
 und Brutvermehrung
 nur mit Wanne, ge-
 ruchslos, garantierter
 Erfolg. Jede 75 Bfg.
 (ergibt 1/2 Liter). Allein
 zu haben bei Th. Wals,
 Jollystr. 17 u. Badeni-
 drogerie, Kaiserstr. 245.

**Für Wochentag
 und Ausflug:
 Käse**
 Adler-
 Emmentaler
 in Portionen
 Tomatenkäse
 bekannt
 vortreffliche
 bayer-Marko
Butter
 Pumpernickel
 Kommissbrot
 schöne saftige
 Zitronen
 bei
BUCHERER
 in sämtlichen
 Filialen

